



## **AGU Bayern e.V. - Der Vollzug abfallrechtlicher Normen an den Kreisverwaltungsbehörden in Bayern**





# **Der Vollzug abfallrechtlicher Normen an den Kreisverwaltungsbehörden in Bayern**

## **Kernaussage**

Die für abfallwirtschaftliche Fragestellungen zuständigen Behörden, die Kreisverwaltungsbehörden, sind keinesfalls entsprechend personell ausgestattet, dieser Aufgabe adäquat zu begegnen. Die Aufgabenpriorisierung des technischen Personals lässt nur bedingt Raum für einen angemessenen Vollzug der Kreislaufwirtschaft. Fachbehörden, wie das Bayerische Landesamt für Umwelt, wurden über Jahre personell derart geschwächt, dass diese die örtlich zuständigen Behörden in der Fläche nicht mehr in dem an sich erforderlichen Umfang unterstützen können.

Die Arbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen Fachkräfte für den Vollzug der Umweltschutzgesetze (Umweltschutzingenieure) in Bayern e.V. (AGU) appelliert deshalb an die Staatsregierung und verantwortlichen Gremien, die Situation durch die Bereitstellung ausreichender Personalressourcen zu entschärfen.

Dazu schlägt die Arbeitsgemeinschaft der Umweltschutzingenieure vor,

- an den Kreisverwaltungsbehörden eine zusätzliche fachtechnische Stelle mit dem Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft zu schaffen und
- das Bayerische Landesamt für Umwelt als unterstützende Fachbehörde entsprechend zu stärken.

# Inhaltsverzeichnis

1.	Aufgabenzuweisung im Abfallbereich im Freistaat Bayern .....	4
1.1	Einführung.....	4
1.2	Abfallrechtlicher Rahmen .....	4
1.3	Immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Abfallentsorgungsanlagen.....	5
1.4	Staatliches Abfallrecht außerhalb immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftiger Anlagen .....	6
1.5	Bodenschutzrecht und Altlasten .....	8
2.	Personelle Ausstattung der Kreisverwaltungsbehörden .....	9
2.1	Einführung.....	9
2.2	Verwaltungspersonal .....	9
2.3	Technisches Personal: Die Umweltschutzingenieure .....	9
2.4	Fehlendes fachtechnisches Personal auf dem Gebiet des staatlichen Abfallrechts .....	11
2.5	Technisches Personal beim Bayerischen Landesamt für Umwelt .....	12
3.	Lösungsvorschlag .....	12
Anlagen .....		14
Anlage 1:	Aufgabenbeschreibung der Umweltschutzingenieure Stand: 02.08.2012, eingeführt mit UMS vom 29.01.2013) .....	14
Anlage 2:	Immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen zur Verwertung und Beseitigung von Abfällen und sonstigen Stoffen .....	15
Anlage 3:	Zuständigkeiten .....	16
Anlage 3.1: Zuständigkeiten nach dem Bayerischen Abfallwirtschafts- gesetz (BayAbfG), Gesetz zur Vermeidung, Verwertung und sonstigen Bewirtschaftung von Abfällen in Bayern zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2019.....		16
Anlage 3.2: Zuständigkeiten nach Abfallzuständigkeitsverordnung zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Februar 2019 (Aufgabenteilung innerhalb der KVB entsprechend der üblichen Geschäftsordnungen der KVBs).....		17
Anlage 3.3: Zuständigkeiten, die nicht explizit in der AbfZustV genannt sind oder die im Rahmen anderer Rechtsbereiche mit Bezug zum Abfallrecht an der KVB zu erledigen sind .....		24

<b>Anlage 4:</b>	<b>Bundesgesetze und Bundesverordnungen, Technische Vorgaben, Merkblätter und Arbeitshilfen die bei der Genehmigung und Überwachung von Abfallbehandlungsanlagen sowie bei der Stoffstromkontrolle zu beachten sind .....</b>	<b>26</b>
<b>Anlage 5:</b>	<b>Praxisbeispiele .....</b>	<b>29</b>
<b>Beispiel 1:</b>	<b>Genehmigung und Überwachung von immissions-schutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Abfall-behandlungsanlagen (4. BImSchV Anhang 1 Nr. 8) .....</b>	<b>29</b>
<b>Beispiel 2:</b>	<b>Bauschutt und dessen Verwertung außerhalb immissions-schutzrechtlich genehmigungsbedürftiger Anlagen .....</b>	<b>30</b>
<b>Beispiel 3:</b>	<b>Vollzug der Deponieverordnung .....</b>	<b>32</b>
<b>Beispiel 4:</b>	<b>Vollzug der Gewerbeabfallverordnung .....</b>	<b>34</b>
<b>Beispiel 5:</b>	<b>Verwendung von Abfällen im Wegebau .....</b>	<b>36</b>
<b>Beispiel 6:</b>	<b>Umgang mit unzulässigen Ablagerungen .....</b>	<b>38</b>
<b>Beispiel 7:</b>	<b>Verfüllung von Gruben und Brüchen .....</b>	<b>39</b>
<b>Beispiel 8:</b>	<b>Wiederverwertung/Entsorgung von Straßenkehrsicht / Straßenrandfräsgut (Grünabfall mit Erdanteilen)/Baggergut .....</b>	<b>39</b>
<b>Beispiel 9:</b>	<b>Rückbau .....</b>	<b>41</b>
<b>Anlage 6:</b>	<b>Positionen einschlägiger Organisationen .....</b>	<b>44</b>
	<b>Sachverständigenrat für Umweltfragen .....</b>	<b>44</b>
	<b>Europäische Umweltagentur .....</b>	<b>44</b>
	<b>Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse) .....</b>	<b>45</b>
	<b>Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. (BDE) .....</b>	<b>45</b>
	<b>Deutsche Umwelthilfe .....</b>	<b>46</b>

# **1. Aufgabenzuweisung im Abfallbereich im Freistaat Bayern**

## **1.1 Einführung**

Der Vollzug abfallrechtlicher Normen stellt eine komplexe Aufgabe dar, bei der ein umfangreiches Regelwerk zu beachten ist. Europäisches Recht, Bundes- und Landesrecht füllen die Rechtsräume sich ergänzend aus und sind jeweils zu beachten. Zudem sind diese Regelwerke in unterschiedlichen Wirkungskreisen – kommunal und staatlich – umzusetzen, was zusätzlich zur Komplexität beiträgt.

Die Umweltgesetzgebung ist eines der umfangreichsten und am schnellsten wachsenden Rechtsfelder innerhalb des Rechtsrahmens der Europäischen Union. Dazu kommen nationale, gesetzliche und untergesetzliche Normen und das nahezu unübersehbare Feld des technischen Regelwerks. Administrative Kapazitäten der Kreisverwaltungen sind bisher nicht adäquat und können mit dieser Dynamik nicht Schritt halten.

Besonders schwierig stellt sich die Lage an den Kreisverwaltungsbehörden (KVB) in Bayern beim Vollzug der abfallrechtlichen Normen dar.

Im Folgenden soll dies beim Vollzug der staatlichen Aufgaben auf dem Gebiet des Abfallrechts aufgezeigt werden.

Eine qualifizierte Überwachung von Abfallanlagen und Stoffströmen verhindert Umweltschäden und minimiert Folgekosten – ein selbstverständliches Ziel einer vorausschauenden Umweltpolitik. Dieses Arbeitspapier dient dazu, die aktuellen Defizite auf diesem Gebiet und Lösungswege aufzuzeigen.

## **1.2 Abfallrechtlicher Rahmen**

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) hat nach § 1 den Zweck, „die Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu fördern und den Schutz von Mensch und Umwelt bei der Erzeugung und Bewirtschaftung von Abfällen sicherzustellen“.

Der Aspekt der Ressourcenversorgung der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft wird gerade für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland zukünftig mehr an Bedeutung gewinnen. Dieser Erkenntnis trägt der bisherige Umweltpakt in Bayern und die bayerische Klimaschutzoffensive bereits heute Rechnung.

Das KrWG bestimmt Rechte und Pflichten aller privaten, gewerblichen und öffentlich-rechtlichen Akteure, die an der Erzeugung, Verarbeitung und Zwischen- bzw. Endlagerung von Abfällen beteiligt sind. Des Weiteren enthält das KrWG auch Bestimmungen über die behördliche Überwachung der Abfallbewirtschaftung sowie über die vorgesehenen Genehmigungsverfahren. Neben dem KrWG gelten zusätzliche bundesrechtliche Spezialgesetze wie das Batteriegesetz, das Elektro- und Elektronikgerätegesetz sowie das Abfallverbringungs-gesetz. Auf einige der zahlreichen Verordnungen wird im Folgenden eingegangen.

Ergänzt wird das KrWG durch das Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG), das im Wesentlichen die Aufgaben und Pflichten der Träger der Abfallentsorgung festlegt, die Abfallbewirtschaftung unter dem Gesichtspunkt der Planung regelt, finanzielle Förderung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen beschreibt und sachliche Zuständigkeiten ordnet. Mit der Abfallzuständigkeitsverordnung (AbfZustV) überträgt das BayAbfG den Kreisverwaltungsbehörden die allgemeine Zuständigkeit für die Kreislaufwirtschaft in Bayern.

Der rechtliche Rahmen wird aktuell durch ein umfassendes politisches Konzept der Europäischen Kommission weiterentwickelt. Diese hat im März 2020 den neue Circular Economy Action Plan (CEAP) vorgestellt, der wichtige Säule des European Green Deal ist. Dieser verfolgt eine neue Wachstumsstrategie für einen Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen EU-Wirtschaft. Das Ziel des CEAP ist die Förderung einer effizienteren Ressourcennutzung für den Übergang zu einer nachhaltigen und kreislaforientierten Wirtschaft.

### **1.3 Immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Abfallentsorgungsanlagen**

Abfallentsorgungsanlagen unterliegen in aller Regel dem Immissionsschutzrecht und sind nach diesem zu genehmigen. Das Immissionsschutzrecht ist das zentrale Anlagenzulassungsrecht in Deutschland. Wirtschaftliche Unternehmungen bei stationären Anlagen sind in hohem Maße von den rechtlichen und fachlichen Anforderungen des Immissionsschutzrechts abhängig. Die Anforderungen an die Anlagen zielen auf den Schutz der Nachbarschaft, der Allgemeinheit und der Umwelt ab. Die Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen werden allerdings relevant durch die umweltfachlichen Anforderungen an diese Anlagen mitbestimmt. Signifikante Wertschöpfung wird in weiten Bereichen nur mit industriellen und gewerblichen Anlagen erreicht. Der gesellschaftliche Wohlstand und die wirtschaftliche Stärke Bayerns sind insoweit gleichermaßen abhängig von den umweltrechtlichen und umweltfachlichen Anforderungen an diesen Anlagenpark.

Abfallentsorgungsanlagen werden teils von privaten aber auch von öffentlichen Unternehmen betrieben. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer geordneten Abfallentsorgung in Bayern und damit der Kreislaufwirtschaft. Sie übernehmen einerseits Aufgaben der Daseinsvorsorge und andererseits der Versorgung mit Sekundärrohstoffen. Insoweit wird die hohe und vielseitige Bedeutung von Abfallentsorgungsanlagen ersichtlich.

Mit der „Klimaschutzoffensive - Maßnahmenpaket“ vom 18.11.2019 wird die Bedeutung von Abfallentsorgungsanlagen weiter zunehmen.

Die Anlagenarten sind sehr vielfältig, die eingesetzten Techniken sind bei den unterschiedlichen Abfallarten untereinander kaum vergleichbar. Daher sind die fachlichen Anforderungen an die Anlagen auch sehr unterschiedlich. Die große Variabilität zeigt sich beispielhaft für die Abfallarten wie Bioabfälle (Vergärung, Kompostierung), Mineralische Abfälle (Boden, Bauschutt) bis hin zu Elektroaltgeräten. Aufgrund des dynamischen Prinzips des Immissionsschutzrechtes durch laufende Anpassungen an den aktuellen Stand der Technik, sind die Anforderungen einer

ständigen Weiterentwicklung unterworfen. Die große Bandbreite und die Dynamik der Anforderungen stellen hohe Anforderungen an Betreiber und zuständige Behörden. Aktuelle Entwicklungen dieser Anlagen führen zu Fragenstellungen, die bisher noch nicht ausreichend beantwortet werden können.

Genehmigungsbedürftige Abfallentsorgungsanlagen sind unter Nummer 8 im Anhang I der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) genannt. Sie werden nach der 4. BImSchV in 15 Untergruppen (Nrn. 8.1 bis 8.15) unterteilt (siehe Anlage 2), die wiederum in insgesamt 55 Anlagenarten bzw. Kapazitätsbereiche differenzieren. Diese werden – wie bei immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen üblich – in drei Verfahrensarten eingeteilt (V-, G- und E-Anlagen). Die materiellen Anforderungen an die Anlagen ergeben sich unter Berücksichtigung der Konzentrationswirkung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung aus dem Fachrecht (insbesondere Immissionsschutzrecht, Abfallrecht, Baurecht) mit wichtigen Verknüpfungen zu weiteren Rechtsbereichen, wie vorrangig Wasserrecht, Bodenschutzrecht, Düngemittelrecht, Chemikalienrecht etc. In jedem Rechtsbereich besteht eine große Anzahl an technischen Regeln, die bei der Anlagenzulassung und Anlagenüberwachung zumindest als Erkenntnisquelle zu berücksichtigen sind.

In Bayern werden mehr als 2.900 genehmigungsbedürftige Abfallentsorgungsanlagen (ISA-B-Hauptanlagen) betrieben. Damit ist in Bayern ca. jede vierte genehmigungsbedürftige Anlage eine Abfallentsorgungsanlage und davon ist jede siebte Anlage eine Anlage nach der Industrieemissions-Richtlinie (IE-RL - Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.11.2010 über Industrieemissionen - integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung), eine so genannte E-Anlage mit besonders hoher Umweltrelevanz. Bei diesen Anlagen sind nicht zuletzt die Durchführungsbeschlüsse zu den besten verfügbaren Techniken gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments (BVT-Schlussfolgerungen) zu erwähnen, die innerhalb bestimmter Fristen in die Praxis umzusetzen sind.

Systembedingt ist es erforderlich, diese Anlagenarten durch die zuständigen Behörden mit erhöhter Aufmerksamkeit zu betreuen.

#### **1.4 Staatliches Abfallrecht außerhalb immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftiger Anlagen**

Der weite Bereich des staatlichen Abfallrechts außerhalb immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftiger Anlagen wird durch die AbfZustV geregelt. Die Zuständigkeiten der Kreisverwaltungsbehörde für das untergesetzliche Regelwerk zum KrWG sind in § 4 Abs. 1 Nr. 9 der AbfZustV genannt (siehe Anlage 3).

In der Praxis liegt derzeit bei einigen Landratsämtern eine Vermischung von Aufgaben der Kreisverwaltungsbehörde (staatlich) und dem Landkreis (kommunal) vor. Teilweise obliegt der Vollzug des staatlichen Abfallrechts dem Sachgebiet für kommunale Kreislaufwirtschaft. In den kreisfreien Städten stellt sich die Situation häufig ähnlich dar.



Eine Verbindung zwischen staatlichem und kommunalem Abfallrecht wird aus rechtlichen Gründen zunehmend in Frage gestellt. Dies zeigt das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 11.05.2017 (20 B 15.285) auf, wonach bei Doppelzuständigkeiten derselben Behörde (in diesem Fall des Landratsamts sowohl als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, als auch als Genehmigungs- und Überwachungsbehörde nach dem KrWG) eine hinreichende organisatorische und personelle Trennung gefordert wird. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit von zusätzlichem fachtechnischem Personal für den Vollzug der Aufgaben auf dem Gebiet des Abfallrechts (siehe Abschnitt 2.4).

Nach vorliegenden praktischen Erfahrungen sind insbesondere folgende Aufgaben zu erfüllen, bei denen eine technische Fachkraft erforderlich ist:

- Überprüfung der Einstufung von Abfällen (Gefährlichkeit, Zuordnung AVV).
- Vollzug der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV):
  - Gewerbebetriebe sind verpflichtet, ihre Abfälle wie Papier, Holz, Glas und Metalle bereits an der Anfallstelle zu trennen; dies ist zur Sicherstellung eines effektiven Vollzugs zu überwachen.
  - Fachtechnische Prüfung von Abbruchgenehmigungen und Abbruchanzeigen, Auswertung von Untersuchungsberichten und Überwachung von Abbruchabfällen vor Ort. Es muss beurteilt werden, ob ein Rückbau kontrolliert vorgenommen wird und ob die Abfälle entsprechend getrennt sowie ordnungsgemäß entsorgt werden.
- Vollzug der Deponieverordnung (DepV) für Deponien der Klasse 0 im Sinn des § 2 Nr. 6 DepV (DK 0 Deponien). Im Einzelnen stehen insbesondere folgende Maßnahmen an:
  - Im Zuge einer Plangenehmigung- oder Planfeststellung für DK 0 Deponien ist eine fachliche Stellungnahme zur Überprüfung der zulässigen Abfallarten und Abfallschlüsselnummern gemäß der Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) notwendig. Gleiches gilt für Deponien, die zu DK 0 Deponien umgewidmet oder als solche Deponien weiterbetrieben werden.
  - Treffen von Anordnungen und Maßnahmen bei Deponien, die vor dem 11. Juni 1972 stillgelegt worden sind (Art. 22 Abs. 1 BayAbfG); dies gilt auch, wenn zweifelhaft ist, ob die Deponie vor dem 11. Juni 1972 stillgelegt worden ist.  
Hier ist es erforderlich, das Schadstoffinventar zu ermitteln und entsprechende Bewertungen vorzunehmen.
  - Einstufung von Abfällen anhand von Untersuchungsberichten und Zuordnung zu den Deponieklassen sowie Festlegung des Entsorgungsweges.
- Einstufung von Abfällen im Zusammenhang mit der Beseitigung verbotener Ablagerungen (Art. 31 Abs. 2 BayAbfG).  
Dazu gehören ggf. Probennahme und Auswertung von Untersuchungsberichten sowie die Überwachung der ordnungsgemäßen Entsorgung.

- Vollzug der Altholzverordnung (AltholzV):  
Zuordnung der als Abfall deklarierten Althölzer zu den einzelnen Kategorien A I bis A IV.
- Vollzug der Bioabfallverordnung (BioAbfV):  
Überprüfung auf die ordnungsgemäße Untersuchung, Behandlung und Verwertung von Bioabfällen und Gemischen.
- Zulassung von Ausnahmen vom Grundsatz der Beseitigung von Abfällen in dafür zugelassenen Anlagen (§ 28 Abs. 2 KrWG):  
Hier ist eine fachliche Überprüfung notwendig, ggf. mit dem Wasserwirtschaftsamt (WWA) bei Entsorgung über das Abwasser bzw. eine Abstimmung mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorger (örE) hinsichtlich einer Befreiung von der Andienungspflicht.
- Vollzug der Nachweisverordnung (NachwV):  
Abfallbesitzer, Abfallerzeuger, Einsammler und Beförderer sowie Abfallentsorger müssen gemäß § 2 Abs. 1 NachwV einen Nachweis über die Entsorgung von gefährlichen Abfällen führen. Das erfordert die Überwachung von Betrieben sowie die Überprüfung der Erhebung und Zuordnung der anfallenden Abfälle zu den AVV Nummern, z. B. Metallverarbeitungen oder Schreinereien.
- Überprüfung von Zertifikaten z. B. Entsorgungsfachbetrieb in Bezug auf Anlagenkonformität.

## **1.5 Bodenschutzrecht und Altlasten**

Neben den Vollzugsaufgaben im Bereich des staatlichen Abfallrechts treten auch Fachfragen im Bereich des Bodenschutzes und bei der Bearbeitung von Altlastenfällen auf, die eine technische Beurteilung erfordern:

- Fachtechnische Begleitung von orientierenden Untersuchungen, Detailerkundungen und Sanierungen.
- Überprüfung von Sanierungsplänen und Prüfung der Entsorgungswege für Abfälle.
- Bewertung möglicher Auswirkungen auf die Nachbarschaft bei Bodensanierungen und ggf. Festlegung der zu treffenden Maßnahmen (Pfad Boden - Luft).
- Recherche von Altlastverdachtsflächen in Bauleitplan- und Genehmigungsverfahren (Baugenehmigungen, immissionsschutzrechtliche Genehmigungen).
- Fachliche Stellungnahmen zu Auffüllungen von Grundstücken mit Bodenaushub, z. B. Überprüfung von Untersuchungsberichten.
- Fachliche Fragen bei der Pflege des Altlastenkatasters und bei Erteilung von Auskünften hierzu.

## **2. Personelle Ausstattung der Kreisverwaltungsbehörden**

### **2.1 Einführung**

Wie in Abschnitt 1.1 bereits ausgeführt wurde, sind sowohl kommunale von staatlichen Aufgaben, als auch Verwaltungstätigkeiten von technischen Fragestellungen abzugrenzen. Im Folgenden wird auf die Zuständigkeiten der entsorgungspflichtigen Körperschaften nicht weiter eingegangen. Vielmehr sollen die staatlichen Aufgaben der Kreisverwaltungsbehörden und das zur Umsetzung vorhandene und erforderliche Personal näher beleuchtet werden.

### **2.2 Verwaltungspersonal**

Die teilweise sehr komplexen Rechtsvorschriften und fachlichen Vorgaben (siehe Anlagen 3 und 4) führen beim Verwaltungspersonal zu einer erhöhten Arbeitsbelastung. Die Organisationsstrukturen an den einzelnen Landratsämtern sind teilweise sehr unterschiedlich. Vielfach gibt es Sachgebiete, in denen sowohl staatliches als auch kommunales Abfallrecht vollzogen wird.

Die personelle Ausstattung für den Verwaltungsvollzug ist von Amt zu Amt sehr unterschiedlich. Im Regelfall stehen beim Verwaltungspersonal 1 bis 1,5 Stellen für den Vollzug des staatlichen Abfallrechts zur Verfügung. Teilweise sind Beamte der 3. Qualifikationsebene (QE 3) zuständig, die Fachbereichs-/Sachgebietsleiter sind und damit auch noch andere Aufgaben wie z. B. des Bodenschutzrechts oder des Immissionsschutzrechts zu erfüllen haben. Daneben sind in den meisten Kreisverwaltungsbehörden Mitarbeiter der 2. Qualifikationsebene (QE 2) und Verwaltungsfachangestellte eingesetzt. Diese haben sich durch Lehrgänge bei der Bayerischen Verwaltungsschule und der Beamtenfachhochschule abfallrechtliches Wissen angeeignet, das jedoch nicht ausreichend ist, um die auftretenden abfalltechnischen Fragestellungen zu behandeln.

### **2.3 Technisches Personal: Die Umweltschutzingenieure**

Mit Inkrafttreten des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) im Jahr 1974 wurde in Bayern damit begonnen eine eigenständige Umweltverwaltung aufzubauen. Die Zuständigkeit für wesentliche Elemente dieses Rechtsgebiets wurden im Bayerischen Immissionsschutzgesetz (BayImSchG) den Kreisverwaltungsbehörden zugewiesen. Eine entscheidende Funktion wurde hierbei den „hauptamtlichen Fachkräften für den Vollzug der Umweltschutzgesetze in Bayern“ beigemessen, die üblicherweise als „Umweltschutzingenieure“ bezeichnet werden. In der Regel verfügen die Kreisverwaltungsbehörden heute über jeweils zwei Umweltschutzingenieure, in Einzelfällen auch mehr.

Die Kernaufgaben der Umweltschutzingenieure stellen vor diesem Hintergrund die fachtechnische Beurteilung von immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen und die immissionsschutzfachliche Begutachtung der übrigen Anlagen im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren und von Bauleitplänen der Städte, Märkte und Gemeinden dar.

Ein im Laufe der Jahre stetig angewachsenes Regelwerk führte zu deren immer stärker werdenden Belastung – zum Teil sogar Überlastung. Ein zentrales Element der immissionsschutzrechtlichen Vorgaben ist heute die IE-RL vom 24.11.2010, umgesetzt in nationales Recht u.a. durch Änderungen des BImSchG und der 4. BImSchV. Deren Umsetzung stellt seitdem nicht nur die Betreiber, sondern auch die Vollzugsbehörden vor entscheidende Herausforderungen. Die gravierenden Änderungen im Bereich der Anlagengenehmigungen, der Überwachung (z. B. risikobasierter Überwachungssturnus) und der Stilllegungen machten auch bei den Umweltschutzingenieuren eine entscheidende Neuausrichtung erforderlich. So wurde die Aufgabenzuweisung der Umweltschutzingenieure neu geregelt sowie Anlagengenehmigung und -überwachung zur wichtigsten Aufgabe der Umweltschutzingenieure (siehe Anlage 1). Diese Aufgabenbeschreibung wurde mit Umweltministeriumsschreiben (UMS) vom 29.01.2013 (75c-U8702.7-2007/35-185) eingeführt und in Nr. 4 wie folgt begründet: „Im Hinblick auf die neuen Aufgaben, die mit der IE-RL im Vollzug verbunden sind, haben wir die Aufgabenbeschreibung in Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) angepasst. Es ist nunmehr eine Priorisierung vorgegeben. Vorrangig ist demnach, Anlagen, die der IE-RL unterliegen (IE-Anlagen), zu genehmigen und zu überwachen. Danach sind die Aufgaben als Träger öffentlicher Belange in der Bauleitplanung wahrzunehmen. Stellungnahmen zu baurechtlichen Vorhaben sind dann zu bearbeiten, wenn keine Aufgaben im Vollzug des BImSchG beeinträchtigt werden und keine Sachverständigen mit der immissionsschutzfachlichen Begutachtung beauftragt werden können.“ Die Verbindlichkeit dieser Aufgabenbeschreibung und -priorisierung wurde mit UMS vom 25.02.2014 (75c-U8702.7-2007/35-285) und 19.02.2018 (75a-U8710.0-2017/5-7) nochmals betont und weiter ausgeführt.

Damit wird verdeutlicht, dass nicht alle Aufgaben der Kreisverwaltungsbehörden auf dem Gebiet des Technischen Umweltschutzes von den dort vorhandenen Umweltschutzingenieuren erfüllt werden können. Durch die Aufgabenbeschreibung 2012 wird klargestellt, dass insbesondere keine direkte fachliche Zuständigkeit in den Bereichen Abfallrecht, Bodenschutz und Altlasten gegeben ist. Die fachliche Mitwirkung der Umweltschutzingenieure in Bezug auf abfallrechtliche Anforderungen beschränkt sich vielmehr ausschließlich auf die immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen (d.h. Anlagen der 4. BImSchV). Auch in seinem jüngsten Schreiben vom 04.03.2020 (79d-U8744.05-2019-1) hob das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hervor:

*„Die erste Aufmerksamkeit hat nach wie vor den Anlagen zu gelten, die im Anhang 1 der 4. BImSchV aufgeführt sind. Abfallwirtschaftliche Fragestellungen gehören in diesem Zusammenhang zu den originären Aufgaben des Technischen Umweltschutzes, auch wenn sie nicht explizit im Detail ausformuliert in der Aufgabenbeschreibung der Umweltingenieure 2012 geregelt werden. Mit Blick auf die Erledigung von Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft wird sich das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz auch weiterhin für eine Personalverstärkung an den Landratsämtern einsetzen.“*

## **2.4 Fehlendes fachtechnisches Personal auf dem Gebiet des staatlichen Abfallrechts**

Die rechtlichen und fachtechnischen Anforderungen im abfallrechtlichen Bereich sind überaus komplex (siehe Anlage 3 und 4). Erschwerend kommt hinzu, dass auch auf diesem Gebiet das Umweltrecht sehr dynamisch ist und viel Zeit nötig ist, um alle Entwicklungen sowohl auf dem rechtlichen als auch auf dem technischen Sektor im Blick zu behalten. Fachtechnische Aufgaben in diesem Bereich können daher von den Umweltschutzingenieuren nicht vollumfänglich zusätzlich zu deren Aufgaben im ebenfalls sehr umfangreichen Immissionsschutzrecht bewältigt werden (siehe auch Abschnitt 2.3). Daher ist eine Spezialisierung für den Abfallbereich zwingend erforderlich, um den Anforderungen gerecht zu werden. Eine zusätzliche Stelle für diesen Bereich ist unabdingbar.

Da den Kreisverwaltungsbehörden für den Vollzug des staatlichen Abfallrechts technisches Fachpersonal überhaupt nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung steht, wird der Vollzug der abfallrechtlichen Vorschriften zum Teil ausschließlich von der Verwaltung wahrgenommen. Dies stellt für den Vollzug ein großes Problem dar, da Beschäftigte der Verwaltung für fachtechnische Fragen nicht ausgebildet sind und somit den fachlichen Anforderungen nicht gewachsen sind (siehe Abschnitt 2.2). Vertiefte abfalltechnische Kenntnisse für die Beurteilung fachtechnischer Problemstellungen sind von elementarer Bedeutung und erfordern entsprechend spezialisiertes, fachtechnisches Personal. Fälle umweltgefährdender Abfallentsorgung, unsachgemäße Verwertung von Bauschutt im Wegebau, unvorschriftsmäßige Entsorgung von Altholz, kriminelle Machenschaften in einer Bodenbehandlungsanlage (Stichwort: TechnoSan) usw. haben aufgezeigt, dass eine qualifizierte behördliche Kontrolle auf diesem Gebiet unumgänglich ist. Im Anhang werden einige Beispiele aufgeführt, um die geschilderte Problematik zu veranschaulichen (siehe Anlage 5).

Letztendlich sind technische Fachkräfte für Fragestellungen im Abfallbereich ebenso dringend notwendig wie die bestehenden Fachkräfte für Naturschutz, die Fachkundigen Stellen Wasserwirtschaft oder die Umweltschutzingenieure mit ihrem Schwerpunkt Immissionsschutz, um das komplexe Thema Umweltrecht in der Praxis adäquat umsetzen zu können.

Dies wird auch von einschlägigen Organisationen wie z. B. dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) und der Europäischen Umweltagentur (siehe Anlage 6) betont.

## 2.5 Technisches Personal beim Bayerischen Landesamt für Umwelt

In Bayern sind wesentliche Bereiche des Umweltrechts und hier speziell auch der Kreislaufwirtschaft den Kreisverwaltungsbehörden zugeordnet. Im Gegensatz zum Bereich Wasserrecht, in dem die Wasserwirtschaftsämter als eigene technische Fachbehörden eine Schlüsselrolle einnehmen, gibt es dies für das Immissionsschutzrecht oder das Abfallrecht jedoch nicht. Damit kommt insbesondere bei abfallrechtlichen Fragestellungen ebenso wie im Bereich Immissionsschutz der fachtechnischen Unterstützung durch das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) eine große Bedeutung zu. In Bayern wird traditionell der verwaltungsökonomische Ansatz verfolgt, dass die für eine große Anzahl von Vollzugsfragen zuständigen Stellen an der Kreisverwaltungsbehörde durch spezialisierte Fachkräfte am Bayerischen Landesamt für Umwelt wirkungsvoll fachlich unterstützt werden. Dieser bayerische Vollzug wurde durch den Personalabbau am Bayerischen Landesamt für Umwelt in den letzten Jahren wesentlich geschwächt. Eine effektive Unterstützung der Kreisverwaltungsbehörden kann vom Bayerischen Landesamt für Umwelt nicht mehr in dem erforderlichen Umfang geleistet werden. Dies wäre aber gerade für den bayerischen Vollzugsweg, der Umweltrecht an die untere Vollzugsebene der Kreisverwaltungsbehörden delegiert, eine notwendige Voraussetzung.

## 3. Lösungsvorschlag

Die Bearbeitung des Abfallbereiches umfasst eine Vielzahl von Aufgaben in einer überaus komplexen rechtlichen und fachlichen Materie und bedarf damit einer umfangreichen, sehr zeitaufwendigen Wissensvorhaltung. Im Bereich des Immissionsschutzes stellt sich die Situation ebenso dar. Fachtechnische Anforderungen im Bereich des staatlichen Abfallrechts oder auch abfallspezifische Fragestellungen bei der Genehmigung und Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen können daher nicht von den meist zwei Umweltschutzingenieuren der Kreisverwaltungsbehörden quasi „nebenbei“ geleistet werden. Um dem geforderten Anspruch gerecht zu werden, muss vielmehr **an den Kreisverwaltungsbehörden eine zusätzliche fachtechnische Stelle mit dem Schwerpunkt Abfall** geschaffen werden, die sich verstärkt mit den abfalltechnischen und -rechtlichen Vorgaben im Zusammenhang mit dem Vollzug der einschlägigen abfallrechtlichen Vorschriften, auch bei der Genehmigung und Überwachung von immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen, befassen kann.

Darüber hinaus sind auch **auf bestimmte Anlagen oder Abfälle spezialisierte Fachleute am Bayerischen Landesamt für Umwelt und/oder den Bezirksregierungen** wichtig, die bei spezifischen Detailfragen einbezogen werden können. Eine personelle Stärkung insbesondere des Bayerischen Landesamts für Umwelt ist hierfür unumgänglich, um wieder verstärkt Unterstützung der Kreisverwaltungsbehörden und der Bezirksregierungen in Einzelfällen leisten zu können. Mit der Umsetzung dieses Vorschlags würde auch eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, sanktionierendes Agieren der Umweltverwaltung durch vorbeugendes Handeln und planungslenkendes Beraten der Wirtschaft zu substituieren.

Die Beurteilung der beschriebenen Situation ist nicht nur eine Wahrnehmung der direkt Betroffenen, sondern wird allen voran von der Wirtschaft, teilweise aber auch der Politik und Wissenschaft in ähnlicher Weise diagnostiziert (siehe Anlage 6).

Die ganz überwiegend für abfallwirtschaftliche Fragestellungen zuständigen Behörden, die Kreisverwaltungsbehörden, sind jedoch keinesfalls entsprechend personell ausgestattet, dieser Aufgabe adäquat zu begegnen. Die Aufgabenpriorisierung des technischen Personals lässt nur bedingt Raum für einen angemessenen Vollzug der Kreislaufwirtschaft. Fachbehörden, wie das Bayerische Landesamt für Umwelt, wurden über Jahre personell derart geschwächt, dass diese die örtlich zuständigen Behörden in der Fläche nicht mehr in dem erforderlichen Umfang unterstützen können.

Die Arbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen Fachkräfte für den Vollzug der Umweltschutzgesetze (Umweltschutzingenieure) in Bayern e.V. (AGU) appelliert deshalb an die Staatsregierung und verantwortlichen Gremien, im Interesse eines nachhaltigen Umweltschutzes, im Interesse der betroffenen Beschäftigten und im Interesse einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft – im Interesse des Freistaates Bayern insgesamt –, die Situation durch die Bereitstellung ausreichender Personalressourcen zu entschärfen.

**Dazu schlägt die Arbeitsgemeinschaft der Umweltschutzingenieure vor,**

- **an den Kreisverwaltungsbehörden eine zusätzliche fachtechnische Stelle mit dem Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft zu schaffen und**
- **das Bayerische Landesamt für Umwelt als unterstützende Fachbehörde entsprechend zu stärken.**

AGU Bayern e. V.

1. Vorsitzender Julian Rubach

Laubacherstraße 9

87719 Mindelheim

E-Mail: [info@agu-bayern.de](mailto:info@agu-bayern.de)

Internet: [www.agu-bayern.de](http://www.agu-bayern.de)

Stand August 2020

## Anlagen

### **Anlage 1: Aufgabenbeschreibung der Umweltschutzingenieure Stand: 02.08.2012, eingeführt mit UMS vom 29.01.2013)**

Diese Aufgabenbeschreibung stellt die Priorisierung der einzelnen Aufgaben in der folgenden Reihenfolge dar:

1. Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren und Überwachung
  - Regel- und anlassbezogene Anlagenüberwachung (Vor-Ort-Überwachung, Plausibilitätsprüfung von Prüfberichten)
  - Prüfung von Antragsunterlagen und Plausibilitätsprüfung von Gutachten
  - Festlegung immissionsschutzfachlicher und abfallwirtschaftlicher Anforderungen bei Genehmigungsverfahren und Prüfungen von Anzeigen nach dem BImSchG
  - Abstimmung der Auflagen verschiedener Fachbehörden
  - Mitwirkung bei Schlussabnahmen sowie bei Stellungnahmen in Gerichtsverfahren
  - Mitwirkung bei der Erhebung von Anlagendaten für Berichtspflichten für IE-Anlagen und der EDV-technischen Erfassung der Daten im Informationssystem für Anlagen in Bayern
2. Bauplanungsrechtliche Aufgaben
  - Mitwirkung im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange
  - Beitrag zur Beurteilung der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit von Vorhaben anhand immissionsschutzfachlicher Kriterien, sofern keine Aufgaben im Vollzug des BImSchG zurückgestellt werden müssen und ein externer Sachverständiger damit nicht beauftragt werden kann
3. Mitwirkung beim Vollzug einschlägiger Verordnungen zur Durchführung des BImSchG
4. Beschwerden
  - Fachliche Bearbeitung von Beschwerden über immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen
  - Fachliche Bearbeitung von Beschwerden über nach BImSchG nicht genehmigungsbedürftige Anlagen im Bereich des Belästigungsschutzes nur, soweit dies im öffentlichen Interesse geboten ist (i.d.R. Verweis auf den Privatrechtsweg)
5. Sonstige Datenerhebung
  - Mitwirkung bei der Erhebung von Anlagendaten für sonstige Berichtspflichten und der EDV-technischen Erfassung der Daten im Informationssystem für Anlagen in Bayern und der sonstigen fachorientierten Daten
6. Sonstige, anlassbezogene Aufgaben
  - Mitarbeit bei Brand- und Katastrophenschutzfällen bei immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen
  - Auskunft für die Bürger im Strahlenschutzvorsorgefall, ausgenommen Fachfragen der Gesundheit



**Anlage 2: Immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen zur Verwertung und Beseitigung von Abfällen und sonstigen Stoffen**

(Auszug aus Anhang 1 der 4. BImSchV)

<b>8.</b>	<b>Verwertung und Beseitigung von Abfällen und sonstigen Stoffen</b>
8.1	Anlagen zur Beseitigung oder Verwertung fester, flüssiger oder in Behältern gefasster gasförmiger Abfälle, Deponiegas oder anderer gasförmiger Stoffe mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren
8.2	(nicht besetzt)
8.3	Anlagen zur thermischen Aufbereitung von Stahlwerkstäuben oder metallhaltigen Abfällen
8.4	Anlagen, in denen Stoffe aus in Haushaltungen anfallenden oder aus hausmüllähnlichen Abfällen durch Sortieren für den Wirtschaftskreislauf zurückgewonnen werden
8.5	Anlagen zur Erzeugung von Kompost aus organischen Abfällen
8.6	Anlagen zur biologischen Behandlung, soweit nicht durch Nummer 8.5 oder 8.7 erfasst
8.7	Anlagen zur Behandlung von verunreinigtem Boden durch biologische Verfahren, Entgasen, Strippen oder Waschen
8.8	Anlagen zur chemischen Behandlung, insbesondere zur chemischen Emulsionsspaltung, Fällung, Flockung, Kalzinierung, Neutralisation oder Oxidation
8.9	Anlagen zur Behandlung von nicht gefährlichen metallischen Abfällen in Schredderanlagen oder von Altfahrzeugen
8.10	Anlagen zur physikalisch-chemischen Behandlung, insbesondere zum Destillieren, Trocknen oder Verdampfen
8.11	Anlagen zur Behandlung von gefährlichen oder nicht gefährlichen Abfällen
8.12	Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen, auch soweit es sich um Schlämme handelt, ausgenommen die zeitweilige Lagerung bis zum Einsammeln auf dem Gelände der Entstehung der Abfälle und Anlagen, die durch Nummer 8.14 erfasst werden
8.13	Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von nicht gefährlichen Abfällen, soweit es sich um Gülle oder Gärreste handelt, mit einer Lagerkapazität von 6 500 Kubikmetern oder mehr
8.14	Anlagen zum Lagern von Abfällen über einen Zeitraum von jeweils mehr als einem Jahr
8.15	Anlagen zum Umschlagen von Abfällen, ausgenommen Anlagen zum Umschlagen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt, soweit nicht von Nummer 8.12 oder 8.14 erfasst

## **Anlage 3: Zuständigkeiten**

### **Anlage 3.1: Zuständigkeiten nach dem Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG), Gesetz zur Vermeidung, Verwertung und sonstigen Bewirtschaftung von Abfällen in Bayern**

zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2019

Die sachliche Zuständigkeit ist geregelt in Art. 29 des BayAbfG. Demnach ist für alle Bereiche des Abfallrechts die Regierung zuständige Behörde, soweit nichts anderes bestimmt ist. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz ist ermächtigt durch Rechtsverordnung andere Zuständigkeiten festzulegen. Dies ist bislang nur im Rahmen der Abfallzuständigkeitsverordnung (AbfZustV) der Fall.

### Anlage 3.2: Zuständigkeiten nach Abfallzuständigkeitsverordnung

zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Februar 2019

(Aufgabenteilung innerhalb der KVB entsprechend der üblichen Geschäftsordnungen der KVBs)

§§		KVB - kommunal	KVB - staatl. Technik	KVB - staatl. Verwaltung	Sonstige
1	<b>Zuständigkeiten der entsorgungspflichtigen Körperschaften</b>  Überwachungsbehörden im Sinn des § 47 KrWG sind auch die entsorgungspflichtigen Körperschaften, soweit die Überwachung zur Erfüllung der Entsorgungsaufgabe erforderlich ist.	örE			
1a	<b>Zuständigkeiten für die Genehmigung eines Systems</b>  Für die Genehmigung eines Systems nach § 18 des VerpackG sowie für mit dieser Genehmigung zusammenhängende Maßnahmen und Anordnungen ist das für die Kreislaufwirtschaft zuständige Staatsministerium zuständig.				StMUV
2	<b>Zuständigkeiten des Bergamts</b>  Für Deponien in einem der Bergaufsicht unterliegenden Betrieb, in einem Bohrloch oder in einem unterirdischen Hohlraum ist das Bergamt zuständig; solange der Betrieb der Bergaufsicht unterliegt, überwacht das Bergamt die Deponie nach deren Stilllegung.				BergA
3	<b>Zuständigkeiten des Landesamts für Umwelt</b>  (1) Das LfU trifft die erforderlichen Feststellungen bezüglich - der Einhaltung der Anforderungen bei <b>Errichtung und Betrieb von Deponien (technische Überwachung)</b> , soweit nicht das Bergamt nach § 2 oder die Kreisverwaltungsbehörde nach § 4 Abs. 2 zuständig ist; - ihm obliegt auch die technische Überwachung der nach dem 10. Juni 1972 stillgelegten Deponien, soweit nicht das Bergamt nach § 2 oder die Kreisverwaltungsbehörde nach § 4 Abs. 2 zuständig ist.  (2) <sup>1</sup> Das LfU ist zuständige Behörde für die <b>Anerkennung von Entsorgungsgemeinschaften</b> und für die <b>Zustimmung zu Überwachungsverträgen</b> bei Entsorgungsfachbetrieben (§ 56 Abs. 5 und 6 KrWG). <sup>2</sup> Das LfU ist zuständige Behörde für den Entzug eines Entsorgungsfachbetrieb-Zertifikats nach § 56 Abs. 8 KrWG und damit zusammenhängende Anordnungen und Maßnahmen.				LfU

§§		KVB - kommunal	KVB - staatl. Technik	KVB - staatl. Verwaltung	Sonstige
	<p>(3) <sup>1</sup>Das LfU ist zuständige Behörde für die <b>Anerkennung von Lehrgängen</b> zur Erlangung der Fach- und Sachkunde für Tätigkeiten im Bereich der Abfallwirtschaft. <sup>2</sup>Das LfU ist zuständige Behörde für die <b>Anerkennung von Fachstellen</b></p> <p>1. nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und den auf das Kreislaufwirtschaftsgesetz oder auf das KrW-/AbfG in der bis zum Ablauf des 31. Mai 2012 geltenden Fassung gestützten Rechtsverordnungen mit Ausnahme der nach Klärschlammverordnung und von auf §§ 11 und 12 KrWG und § 8 KrW-/AbfG gestützten Verordnungen, soweit sich aus einer Verordnung nicht eine andere Zuständigkeit ergibt, und</p> <p>2. nach dem <b>Verpackungsgesetz</b>, dem <b>ElektroG</b> sowie dem <b>BattG</b> und darauf gestützten Rechtsvorschriften, soweit sich aus einem dieser Gesetze oder einer dieser Rechtsvorschriften nicht eine andere Zuständigkeit ergibt.</p> <p>(4) <sup>1</sup>Das LfU ist bezüglich der <b>Führung von Nachweisen und Registern bei der Entsorgung gefährlicher</b> oder der POP-Abfall-Überwachungsverordnung unterfallender Abfälle für den Erzeuger, Besitzer, Sammler, Beförderer, Händler, Makler und Entsorger zuständige Behörde im Sinn des KrWG, der NachwV und der POP-Abfall-Überwachungsverordnung.  <sup>2</sup>Ausgenommen von der Zuständigkeit nach Satz 1 ist die Erteilung der Erzeuger- und Beförderernummern (§ 28 Abs. 1 NachwV).  <sup>3</sup>Das LfU ist zuständige Behörde für die Entgegennahme der Anzeige der <b>freiwilligen Rücknahme</b> von Abfällen (§ 26 Abs. 2 KrWG).</p> <p>(5) <sup>1</sup>Das LfU ist zuständige Behörde für die von § 3 Abs. 1 der <b>AVV abweichende Einstufung</b> von Abfällen (§ 3 Abs. 3 AVV). <sup>2</sup>Das LfU ist zuständige Behörde für die Erteilung der Entsorgernummern (§ 28 Abs. 1 NachwV).</p> <p>(6) Das LfU trifft die erforderlichen Feststellungen bezüglich der <b>Einhaltung der Überlassungspflichten</b> für Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle, insbesondere, ob es sich um Abfälle zur Beseitigung handelt.</p>				



§§		KVB - kommunal	KVB - staatl. Technik	KVB - staatl. Verwaltung	Sonstige
	3. für die Zulassung von <b>Ausnahmen vom Grundsatz der Beseitigung von Abfällen in dafür zugelassenen Anlagen</b> (§ 28 Abs. 2 KrWG),		x	x	
	4. für die <b>Überwachung der Abfallentsorgung</b> nach den §§ 47 bis 52 sowie 55 KrWG und die erforderlichen Anordnungen, soweit nicht das LfU nach § 3 Abs. 4, 5 und 6 zuständig ist,				
	§ 47 KrWG - Abfall-Vermeidung nach AltöIV, VerpackV, Elektro- und Elektronikgeräte-V, AltfahrzeugV, Chemikalien-Ozonschicht-V § 47 KrWG - Überwachung in regelmäßigen Abständen und in angemessenem Umfang von Erzeugern gefährlicher Abfälle Anlagen und Unternehmen, die Abfälle entsorgen Sammler, Beförderer, Händler, Makler von Abfällen		x	x	
	§ 48 KrWG - Ermächtigung für Anforderungen zum Umgang mit gefährlichen Abfällen	-	-	-	-
	§ 49 KrWG - Abfallregister: Register sind der Behörde auf Verlangen vorzulegen			x	
	§ 50 KrWG - NachwV		x	x	
	§ 51 KrWG - Anordnungen im Einzelfall		x	x	
	§ 52 KrWG - Ermächtigung	-	-	-	-
	§ 55 KrWG - Kennzeichnung der Fahrzeuge			x	
	POP-Abfall-Überwachungs-V: §5, §6 Register- und Nachweispflicht (Ausgabe von Erzeuger-/Beförderernummer)			x	
	5.				
	a) für die Entgegennahme der <b>Anzeige einer Tätigkeit als Sammler</b> , Beförderer, Händler oder Makler von Abfällen (§ 53 KrWG),			x	
	b) für die <b>Erteilung der Erlaubnis für eine Tätigkeit als Sammler</b> , Beförderer, Händler oder Makler von gefährlichen Abfällen (§ 54 KrWG) sowie			x	

§§		KVB - kommunal	KVB - staatl. Technik	KVB - staatl. Verwaltung	Sonstige
	c) für die mit diesen Tätigkeiten zusammenhängenden <b>Anordnungen</b> und Maßnahmen,			x	
	6. für Anordnungen und Maßnahmen bei <b>Deponien, die vor dem 11. Juni 1972 stillgelegt</b> worden sind (Art. 22 Abs. 1 BayAbfG); dies gilt auch, wenn zweifelhaft ist, ob die Deponie vor dem 11. Juni 1972 stillgelegt worden ist,		x	x	
	7. für Anordnungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der <b>Beseitigung verbotener Ablagerungen</b> (Art. 31 Abs. 2 BayAbfG),		x	x	
	8. für Anordnungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der <b>Überlassungspflicht</b> ... a), b) ... auf der Grundlage der nach § 3 Abs. 6 getroffenen Feststellungen des Landesamts für Umwelt, ausgenommen Entscheidungen über Ausnahmen von der Überlassungspflicht,			x	
	a) für <b>Sonderabfälle</b> (Art. 10 Abs. 1 BayAbfG in Verbindung mit dem Abfallwirtschaftsplan) und auf der Grundlage der nach § 3 Abs. 6 getroffenen Feststellungen des LfU, ausgenommen Entscheidungen über Ausnahmen von der Überlassungspflicht,			x	
	b) für <b>gesondert zu entsorgende Abfälle</b> (§ 2 Nr. 3 der Verordnung über den Abfallwirtschaftsplan Bayern in Verbindung mit dem Abfallwirtschaftsplan)			x	
	9. für den Vollzug der auf das KrWG gestützten <b>VO</b> , soweit sich aus einer jener VO oder aus dieser VO nicht eine andere Zuständigkeit ergibt, mit Ausnahme des Vollzugs der §§ 8, 9 und 10 der Altfahrzeug-VO und mit Ausnahme des Vollzugs der Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung und der DepV,		x	x	
	10. für den Vollzug des <b>Elektro- und Elektronikgerätegesetzes</b> mit Ausnahme des Vollzugs des § 4 ElektroG und soweit sich aus dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz nicht eine andere Zuständigkeit ergibt; § 3 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 bleibt unberührt sowie		x	x	

§§		KVB - kommunal	KVB - staatl. Technik	KVB - staatl. Verwaltung	Sonstige
	11. für den Vollzug des <b>BattG</b> und der darauf gestützten Rechtsvorschriften mit Ausnahme des Vollzugs des § 3 Abs. 1, 2 und 5 BattG und soweit sich aus dem Batteriegesetz nicht eine andere Zuständigkeit ergibt; § 3 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 bleibt unberührt,			x	
	12. für den Vollzug des <b>VerpackG</b> mit Ausnahme des Vollzugs der §§ 4 bis 6 VerpackG, und soweit sich aus dem Verpackungsgesetz nicht eine andere Zuständigkeit ergibt; die §§ 1a und 3 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 bleiben unberührt.			x	
4	(2) Die Kreisverwaltungsbehörde ist zuständige Behörde für				
	1. <b>Deponien der Klasse 0</b> im Sinn des § 2 Nr. 6 DepV anderer Deponien, die zu solchen Deponien umgewidmet wurden oder als solche Deponien weiterbetrieben werden,		x	x	
	2. <b>sonstige Deponien</b> mit einem Volumen bis zu 5.000 m <sup>3</sup> einschließlich Abfälle außer Deponien, die nicht nur geringfügig zur Ablagerung gefährlicher Abfälle genutzt werden, auch soweit die Deponien stillgelegt sind.		x	x	
	Im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach Satz 1 ist die Kreisverwaltungsbehörde 1. auch zuständig für den Vollzug der Deponieverordnung und		x	x	
	2. Anhörungsbehörde im Sinn des § 73 des Verwaltungsverfahrensgesetzes.			x	
4	(3) Die Kreisverwaltungsbehörde ist zuständige Behörde für den Vollzug des Übereinkommens vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt ( <b>Binnenschifffahrt-Abfallübereinkommen</b> ) sowie des Binnenschifffahrt-Abfallübereinkommen-Ausführungsgesetzes, soweit nichts anderes bestimmt ist.			x	
5	<b>Zuständigkeiten der Wasserschutzpolizei</b> Die Wasserschutzpolizei ist zuständig für die Überwachung der Einhaltung				Wasserschutzpolizei



§§		KVB - kommunal	KVB - staatl. Technik	KVB - staatl. Verwaltung	Sonstige
	<p>1. der Verbote, Schiffsabfälle oder Teile der Ladung aus Schiffen in Wasserstraßen einzubringen oder einzuleiten (Art. 2.01 Abs. 1 und 3, Art. 6.01 Abs. 1 und 2, Art. 9.01 Abs. 1, 3 und 4 der Anlage 2 des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommens); sie ist hierbei auch zuständig beim Freiwerden oder drohenden Freiwerden von Schiffsabfällen (Art. 2.01 Abs. 2, Art. 6.01 Abs. 3, Art. 9.01 Abs. 2 der Anlage 2 des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommens),</p> <p>2. der Gebote und Verbote zur Handhabung von Schiffsabfällen an Bord des Schiffs (Art. 2.02, 9.03 Abs. 1 und 2 der Anlage 2 des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommens),</p> <p>3. der Verpflichtungen von Schiffsführern, Bescheinigungen an Bord des Schiffs mitzuführen (Art. 2.03 Abs. 1, Art. 3.04 Abs. 2 Satz 2, Art. 6.03 Abs. 1 und 3 bis 6 der Anlage 2 des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommens sowie §§ 1a und 3 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. i BinSchAbfÜbkAG).</p> <p>Sie ist im Rahmen ihrer Aufgaben nach Satz 1 befugt, von den in § 1b Abs. 1 Satz 1 BinSchAbfÜbkAG genannten Personen Auskünfte und Unterlagen anzufordern.</p>				

**Anlage 3.3: Zuständigkeiten, die nicht explizit in der AbfZustV genannt sind oder die im Rahmen anderer Rechtsbereiche mit Bezug zum Abfallrecht an der KVB zu erledigen sind**

		KVB - staatl. Technik	KVB - staatl. Verwaltung
<b>1</b>	<p><b>Baurecht</b></p> <p>Recherche von und ggf. Hinweis auf Altlastverdachtsflächen in Bauleitplan- und Genehmigungsverfahren (Baugenehmigungen, immissionsschutzrechtliche Genehmigungen).</p> <p>Bewertung möglicher Auswirkungen auf die Nachbarschaft bei Bodensanierungen und ggf. Festlegung der zu treffenden Maßnahmen (Pfad Boden - Luft).</p>	x	x
<b>2</b>	<p><b>NachwV</b></p> <p>Abfallbesitzer, Abfallerzeuger, Einsammler und Beförderer sowie Abfallentsorger müssen gemäß § 2 Abs. 1 der Nachweisverordnung (NachwV) einen Nachweis über die Entsorgung von gefährlichen Abfällen führen. Überwachungsaktionen diesbezüglich wurden bereits durch das Umweltministerium veranlasst. -&gt; Technischer Vollzug - Plausibilitätsprüfung und Durchführung von Stichproben.</p> <p>Die Stoffstromkontrolle der ZSA lässt im Einzelfall problematische Entsorgungswege erkennen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Scheinverwertung z.B. von Industrieschlämmen und Böden/Bauschutt mit gefährlichen Verunreinigungen über mehrere Anlagen/Bundesländer in außerbayerischen Deponien/Gruben.</li> <li>• "Behandlung": schlichte Umdeklaration (ohne entsprechende, qualifizierte Analytik!) zu nicht gefährlichen Abfällen mit entsprechend problematischer finaler Entsorgung.</li> </ul> <p>-&gt; hier ist die KVB gefordert, besonderes Augenmerk auf den ordnungsgemäßen Betrieb der (Entsorgungs-)Anlage wie auch auf den Anlagen-Output zu richten.</p>	x	x
<b>3</b>	<p><b>AVV</b></p> <p>Einstufung von Abfällen -&gt; Technischer Vollzug - Plausibilitätsprüfung.</p>	x	x
<b>4</b>	<p><b>Deponieverordnung (DepV)</b></p> <p>In Verbindung mit <b>Abfallregisterpflicht</b> -&gt; Zulassung von Abfalldeponierungen trotz Überschreitungen von einzelnen Parametern. Anwendung der Deponie-Info 10 -&gt; Technischer Vollzug.</p>	x	x

		KVB - staatl. Technik	KVB - staatl. Verwaltung
5	<b>Altholzverordnung</b> Indem die Verordnung Althölzern der unterschiedlichen Kategorien unterschiedliche Vorbehandlungs- und Nutzungsvorschriften zuweist, werden die stofflichen und energetischen Verwendungsmöglichkeiten für die diversen Holzfraktionen geregelt , auch bei BlmSchG-Anlagen zum Lagern/ Behandeln → Technischer Vollzug.	x	x
6	<b>BBodSchG, BBodSchV, BayBodSchG, BayBodSchVwV</b> Historische Recherche. Erfassung von Altlastverdachtsflächen. Fachtechnische Begleitung von orientierenden Untersuchungen/Detailerkundungen/ Sanierungen. Auffüllungen von Grundstücken mit „Erdreich/Aushubmassen“ → Technischer Vollzug. Festlegung von Anforderungen zur Verhinderung bzw. Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen (z.B. bei Anlagenstilllegungen) → Technischer Vollzug.	x	x
7	<b>GewAbfV,</b> Die Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) schreibt vor, dass Gewerbebetriebe ihre Abfälle, wie Papier, Holz, Glas und Metalle, bereits an der Anfallstelle trennen, um eine möglichst hochwertige Verwertung der Abfälle zu gewährleisten. Fachtechnische Fragestellungen → Technischer Vollzug.	x	x
8	<b>Verordnung über die Beseitigung pflanzlicher Abfälle außerhalb zugelassener Beseitigungsanlagen;</b> Für nicht verwertbare pflanzliche Abfälle können die zuständigen Behörden nach § 28 Abs. 2 KrWG im Einzelfall durch Verwaltungsakt oder die Landesregierung nach § 28 Abs. 3 KrWG durch Rechtsverordnung unter bestimmten Voraussetzungen die Beseitigung außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen durch Verbrennen zulassen.	x	x
9	<b>Entsorgungsfachbetriebsverordnung:</b> § 5 Betriebstagebuch, § 7 Anforderungen an die Durchführung der abfallwirtschaftlichen Tätigkeit.		x

**Anlage 4: Bundesgesetze und Bundesverordnungen, Technische Vorgaben, Merkblätter und Arbeitshilfen die bei der Genehmigung und Überwachung von Abfallbehandlungsanlagen sowie bei der Stoffstromkontrolle zu beachten sind**

**Wichtige Bundesgesetze und Bundesverordnungen und EU-Verordnungen**

- Kreislaufwirtschafts-Gesetz
- Abfallverbringungs-Gesetz
- Elektro- und Elektronikgeräte-Gesetz
- Batterie-Gesetz
- Verpackungs-Gesetz
- Abfallbeauftragten-Verordnung
- Abfallverbringungsbußgeld-Verordnung
- Abfallverbringungsgebühren-Verordnung
- Abfallverzeichnis-Verordnung
- Altfahrzeug-Verordnung
- Altholz-Verordnung
- Altöl-Verordnung
- Anzeige- und Erlaubnis-Verordnung
- Bioabfall-Verordnung
- Chemikalien-Klimaschutz-Verordnung
- Chemikalien-Ozonschicht-Verordnung
- Deponie-Verordnung
- EG-Abfallverbringungs-Verordnung
- EG-Verordnung über persistente organische Schadstoffe
- Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung
- EMAS-Privilegierungs-Verordnung
- Entsorgungsfachbetriebe-Verordnung
- Gewerbeabfall-Verordnung
- Gewinnungsabfall-Verordnung
- Klärschlamm-Verordnung
- Nachweis-Verordnung
- PCB/PCT-Abfall-Verordnung
- POP-Abfall-Überwachungs-Verordnung

**Länderarbeitsgemeinschaft Abfall**

1. LAGA Mitteilung 18  
Vollzugshilfe zur Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes (35 Seiten)
2. LAGA Mitteilung 20  
Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen (128 Seiten)
3. LAGA Mitteilung 23  
Vollzugshilfe zur Entsorgung asbesthaltiger Abfälle (33 Seiten)

4. LAGA Mitteilung 27  
Vollzugshilfe zu den Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und der Nachweisverordnung zur Führung von Nachweisen und Registern bei der Entsorgung von Abfällen  
- Vollzugshilfe zum abfallrechtlichen Nachweisverfahren (116 Seiten)
5. LAGA Mitteilung 31A  
Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes -Anforderungen an die Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten (121 Seiten)
6. LAGA Mitteilung 31B  
Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes – Technische Anforderungen an die Behandlung und Verwertung von Elektro- und Elektronikaltgeräten (142 Seiten)
7. LAGA Mitteilung 32  
LAGA PN 98 – Richtlinie für das Vorgehen bei physikalischen, chemischen und biologischen Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verwertung / Beseitigung von Abfällen (67 Seiten)
8. Handlungshilfe zur M 32 (PN98) (25 Seiten)
9. LAGA Mitteilung 34  
Vollzugshinweise zur Gewerbeabfallverordnung (38 Seiten)
10. LAGA-Methodensammlung Abfalluntersuchung (202 Seiten)
11. LAGA Vollzugshinweise zur abfallrechtlichen Einstufung von mit Kühlschmierstoffen verunreinigten Metallspänen (2 Seiten)
12. LAGA – Technische Hinweise zur Einstufung von Abfällen nach ihrer Gefährlichkeit (23 Seiten)
13. LAGA - Konzept für eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung von verpackten Lebensmittelabfällen LAGA (33 Seiten)
14. LAGA-Vollzugshilfe „Anerkennung von Fachkundeflehrgängen“ (16 Seiten)
15. LAGA-Vollzugshilfe „Anerkennung von Lehrgängen für Leitungspersonal von Deponien zur Erfüllung der Weiterbildungspflicht gem. § 4 Nr. 2 Deponieverordnung“ (12 Seiten)

#### **StMUV-Vollzugshinweis**

16. Hinweise zum Vollzug der novellierten Bioabfallverordnung 2012, (102 Seiten)
17. Leitfaden „Anforderung an die Verwertung von Recycling-Baustoffen in technischen Bauwerken – RC-Leitfaden (19 Seiten)
18. Verfüll-Leitfaden „Anforderungen an die Verfüllung von Gruben und Brüchen“ (65 Seiten)

#### **LfU-Hinweise/Merkblätter/Info-Blätter**

19. Hinweise zur Aufbereitung und Entsorgung von Straßenkehrschutt in Bayern (18 Seiten)
20. Gleisschottermerkblatt LfU (17 Seiten)
21. Merkblatt Verwertung und Beseitigung von Holzaschen (18 Seiten)
22. Entsorgung von mineralischen Abfällen aus Baumaßnahmen – Umgang mit Kleinmengen (6 Seiten)

- 23. Boden- und Bauschutthaufwerke – Beprobung, Untersuchung und Bewertung (18 Seiten)
- 24. Merkblatt Deponie Info 3 (6 Seiten)
- 25. Umgang mit humusreichem und organischen Bodenmaterial (43 Seiten)
- 26. Rückbau schadstoffbelasteter Bausubstanz – LfU-Arbeitshilfe Rückbau: Erkundung, Planung, Ausführung (162 Seiten)
- 27. Bodenbehandlungsanlagen
  - Infoblatt 0: Allgemeine Hinweise
  - Infoblatt 1: Beprobung von festen und stichfesten Abfällen sowie abgelagerten Materialien
  - Infoblatt 2: Was ist zu tun bei einer Diskrepanz zwischen der Vor-Ort-Einstufung des Gefährlichkeitsmerkmals und den Ergebnissen der Eingangskontrollanalytik?
  - Infoblatt 3: Wie ist die Abfalleigenschaft „gefährlich“ bzw. „nicht gefährlich“ zu bestimmen?
    - Anlage zu Infoblatt 3: Einstufung von Eisenbahnwaggonkehricht
  - Infoblatt 4: Informationsfluss: von der Baustelle bis zur Entsorgung („Behandlungs- und Entsorgungsplan“ und betriebliche Dokumentation)
    - Anlage zu Infoblatt 4: Gekürzte Fassung von Kap. 5.1 des BVT-Merkblatts „Abfallbehandlungsanlagen“, 2006
    - Anlage zu Infoblatt 4: Angaben zum Behandlungsverfahren (Beispiel für einen Einzelfall einer biologischen Bodenbehandlung)
  - Infoblatt 5: Vermischung von Chargen
    - Anlage zu Infoblatt 5: Quellen zum Vermischungsverbot
  - Infoblatt 6: Entsorgung von Material aus Bodenbehandlungsanlagen auf Deponien sowie als Versatzmaterial
  - Infoblatt 7: Trockenmechanische Behandlungsanlagen für Böden und vergleichbare mineralische Abfälle – Grundsätze, Anforderungen, Einsatzstoffe
  - Infoblatt 8: Liste der für eine Behandlung in biologischen Bodenbehandlungsanlagen geeigneten Abfälle

**Daneben bestehen noch sehr viele Einzelschreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, des Bayerischen Landesamts für Umwelt und der Bezirksregierungen zum Vollzug.**

## **Anlage 5: Praxisbeispiele**

Wie komplex die fachtechnischen Anforderungen bei verschiedenen Entsorgungsszenarien sind, soll anhand der nachfolgenden Fallbeispiele aufgezeigt werden:

### **Beispiel 1: Genehmigung und Überwachung von immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Abfallbehandlungsanlagen (4. BImSchV Anhang 1 Nr. 8)**

Abfallbehandlungsanlagen sind u.a. wegen umweltgefährdender Abfallentsorgung, Bränden in Abfallrecyclinganlagen oder krimineller Machenschaften (Stichwort: TechnoSan) in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Abfallbehandlungsanlagen unterliegen häufig der IE-RL, mit Überwachungsfristen von ein bis drei Jahren. Deren Überwachung ist äußerst zeitintensiv, wobei den abfallrechtlichen und abfalltechnischen Auflagen große Bedeutung zukommt. Diese sind sehr umfangreich und übertreffen zahlenmäßig oft die Auflagen zum Immissionsschutz. Nicht selten sind 50 bis 100 Einzelaufgaben zu kontrollieren. Die Stoffstromkontrolle, die z.B. im Zusammenhang mit Bodenbehandlungsanlagen gefordert wird, geht noch weit über den normalen Aufgabenvollzug hinaus. Die hierzu erstellte Checkliste des LfU enthält 31 Einzelposten. Die Prüfung von zwei bis drei exemplarischen Entsorgungsvorgängen nach dieser Checkliste beansprucht für Ungeübte etwa zwei bis drei Tage.

Die Kontrolle und Überwachung von Abfallbehandlungsanlagen stellen hohe Anforderungen an die Qualifikation und das abfalltechnische Fachwissen der überwachenden Personen. Das Verwaltungspersonal in den Landratsämtern kann diese Qualifikation i.d.R. nicht vorweisen, so dass häufig auf das Fachwissen der Umweltschutzingenieure zurückgegriffen wird. Die Umweltschutzingenieure sind aber mit Immissionsschutzangelegenheiten voll ausgelastet und können sich den speziellen abfalltechnischen und abfallwirtschaftlichen Fragestellungen nicht in ausreichendem Maße widmen. Die dafür notwendigen fachlichen Grundlagen und zu beachtenden Vorschriften auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft befinden sich in Anlage 3 und 4.

Was im Zusammenhang mit der Genehmigung und Überwachung von Anlagen zum Lagern oder Behandeln von Abfällen in abfallrechtlicher Sicht zu beachten ist, kann von den derzeit in den KVBs tätigen Umweltschutzingenieuren, deren Schwerpunkt die immissionsschutzfachlichen Anforderungen sind, nicht nebenbei geleistet werden. Um diesen hohen Anforderungen wirklich gerecht werden zu können müsste eine Umweltschutzingenieurstelle mit dem Schwerpunkt Abfalltechnik geschaffen werden, die auf abfalltechnische und -rechtliche Vorgaben im Zusammenhang mit der Genehmigung und Überwachung dieser Anlagen und dem sonstigen Vollzug der einschlägigen abfallrechtlichen Vorgaben spezialisiert ist.

Dies trifft auch bei anderen immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen zu, z.B.

- Bei Anlagen, in denen insbesondere gefährliche Abfälle anfallen (Vermeidbarkeit, Minimierungsmöglichkeiten und Entsorgungswege).
- Bei Verfüllmaßnahmen in immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Steinbrüchen (siehe Beispiel 7).

### **Beispiel 2: Bauschutt und dessen Verwertung außerhalb immissions-schutzrechtlich genehmigungsbedürftiger Anlagen**

In Bayern existieren eine Vielzahl von verschiedenen Bauwerken. Dazu gehören Straßen, Gebäude, Brücken, Tunnel und viele mehr. Die Bauwerke bestehen wiederum aus einer Vielzahl von Materialien. Diese hängen zum einen vom Zweck des Bauwerkes (Ziegelwand, Betonbrücke, Asphaltstraße), aber auch vom Zeitpunkt der Errichtung ab (Asbest für den Brandschutz, Teer als Bindemittel in Straßen, usw.).

Haben die Bauwerke ihre Lebensdauer überschritten, so müssen sie in der Regel abgerissen werden. Der anfallende Bauschutt stellt Abfall im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes dar und muss primär einer Wiederverwertung zugeführt werden. Dazu sind mögliche Schadstoffe auszuschleusen und zu beseitigen (d.h. thermisch zu verwerten oder zu deponieren). Recyclingfähiges Material ist so aufzubereiten, dass es wiederverwendet werden kann.

Optimalerweise hat die Trennung der Schadstoffe bereits im Rückbau zu erfolgen. Ein ungeordneter Abriss ist nicht zeitgemäß. Die Bausubstanz sollte bereits im Bestand durch einen Sachverständigen untersucht werden. Der Abbruch hat nach dessen Angaben zu erfolgen. So sind beispielsweise Holzanbauten, Fenster und Türen zu entfernen. PAK-haltige Fugendichtungen oder Farben sind auszuweissen oder abzufräsen und separat zu lagern. Auch asbesthaltige Bauteile müssen vor der Behandlung separiert werden. Ziegel- und Betonbauteile werden durch mechanische Arbeiten im Regelfall zerstört und können nicht wiederverwendet werden. Sie müssen zu Recyclingbaustoff verarbeitet werden.

Das grob abgebrochene Material ist mit einem Brecher zu zerkleinern. Metalle und Kunststoffe die im Material verbaut und beim kontrollierten Rückbau nicht erfasst wurden, (Bewehrungsstahl und Folien) können über Magnetbänder und Windsichter aussortiert werden. Weiter sollte das Material noch händisch kontrolliert werden.

Das gebrochene Material ist zu beproben und auf mögliche Schadstoffe zu untersuchen. Je nach Untersuchungsergebnis kann das Material dann als Recyclingbaustoff verwendet werden.



### Kontrolle durch das Landratsamt:

Das o.g. Vorgehen und die daraus resultierenden Abfall- bzw. Recyclingbaustoffströme sind durch die Kreisverwaltungsbehörden zu kontrollieren. Dabei sind formelle und fachliche Vorgaben zu beachten. So darf Bauschutt z.B. ab bestimmten Mengenschwellen nur in immissionsschutzrechtlich genehmigten Anlagen gelagert und/oder zerkleinert werden. Zu den fachlichen Anforderungen gehören sowohl die korrekte Probenahme als auch die Einhaltung von Richtwerten.

### Formelle Vorgaben:

Bereits vor dem Abbruch ist zu prüfen, ob der Abriss anzeigepflichtig ist. (Art. 57 BayBO). Bei gewerblichen Abbrucharbeiten anfallender Bauschutt unterliegt der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) und ist getrennt zu halten.

Kann Bauschutt nicht direkt vor Ort gelagert werden (z.B. aus Platzgründen) so hat die Lagerung an einem separaten Ort zu erfolgen. Hier ist zu beachten, dass ab einer Lagermenge von 100 Tonnen eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung erforderlich ist. Ebenso ist die Zerkleinerung von Bauschutt bereits ab einer Durchsatzmenge von 10 Tonnen pro Tag genehmigungspflichtig. Zwischenlagerung und Behandlung an der Anfallstelle hingegen sind genehmigungsfrei.

Kann die Anzeigepflicht noch allein vom Verwaltungspersonal an den Landratsämtern geprüft werden, so muss bereits beim Getrennthaltegebot der Gewerbeabfallverordnung das Fachpersonal (i.d.R. der Umweltschutzingenieur) bei Fragen möglicher Schadstoffbelastungen einbezogen werden. Ebenso erfolgt die Mengenschätzung bei möglichen Überschreitungen der o.g. Mengenschwellen zur Genehmigungspflicht durch den Umweltschutzingenieur.

Sollte ein Gebäude ordnungsgemäß zurückgebaut worden sein und liegen Untersuchungen vor und nach dem Abbruch vor, so sind die Analysen und die Probenahmeprotokolle durch den Umweltschutzingenieur zu prüfen.

### Fachliche Vorgaben:

Ein neuralgischer Punkt in der Abfallverwertung liegt in der Probenahme. Je nachdem wo und mit welchem Werkzeug der Prüfer die Probe nimmt, können unterschiedliche Ergebnisse herauskommen. Die Probenahme von Haufwerken ist deshalb in der LAGA PN 98 geregelt. Die Probenahme sollte lückenlos dokumentiert werden. Es sind die relevanten Schadstoffparameter im Labor zu ermitteln und zu bewerten.

Die behördliche Kontrolle kann hier allein durch das Fachpersonal erfolgen. Ist die Probenahme korrekt durchgeführt worden? Wurden alle relevanten Schadstoffe in Betracht gezogen und liegen die Schadstoffgehalte unter den jeweiligen Richtwerten?

### Praktischer Vollzug:

Eine Vielzahl von Klein- und Großunternehmen brechen jährlich in Bayern alte Bauwerke ab. Dabei entsteht der bedeutendste Abfallstrom mit ca. 50 Mio. Tonnen Boden- und Abbruchabfälle. Abbrüche sind nur noch in Ausnahmefällen anzuzeigen. Allein die schiere Menge an Abfall und die Vielzahl an Unternehmen macht eine ordentliche Kontrolle fast unmöglich. Erschwerend kommt hinzu, dass neben den bereits o.g. Gesetzen und Anleitungen, je nach Verwendungszweck des Recyclingbaustoffs, zusätzliche Regelwerke einzuhalten sind.

### **Beispiel 3: Vollzug der Deponieverordnung**

In der Deponieverordnung (DepV) sind die Anforderungen an die Errichtung, den Betrieb, die Stilllegung und Nachsorge für Deponien geregelt. Die Deponien werden in nachfolgende Deponieklassen gegliedert:

- Deponien der Klasse 0 (DK 0): Oberirdische Deponie für Inertabfälle, insbesondere Boden, untergeordnet Bauabfälle
- Deponien der Klasse I (DK I): Oberirdische Deponie für nicht gefährliche und gefährliche Abfälle, wie zum Beispiel Bodenaushub, Bauabfälle, Künstliche Mineralfaser und Asbest
- Deponie der Klasse II (DK II): Oberirdische Deponie für nicht gefährliche und gefährliche Abfälle, wie zum Beispiel Bauabfälle, Straßenaufbruch und Aschen
- Deponien der Klasse III (DK III): Oberirdische Deponie für Sonderabfälle
- Deponie der Klasse IV (DK IV): Unterirdische Deponie für Sonderabfälle

Nach § 4 Abs. 2 der Abfallzuständigkeitsverordnung (AbfZustV) ist die Kreisverwaltungsbehörde für die Genehmigung und Überwachung der Errichtung und des Betriebes von Deponien der Klasse 0 zuständig. Des Weiteren auch für Deponien mit einem Volumen bis zu 5.000 m<sup>3</sup>, soweit neben nicht gefährlichen Abfällen nur geringfügig gefährliche Abfälle zur Ablagerung gelangen.

Weiterhin ist die Kreisverwaltungsbehörde nach § 4 Abs. 1 Nr. 6 der AbfZustV ebenfalls für Anordnungen und Maßnahmen bei Deponien zuständig, die vor dem 11. Juni 1972 stillgelegt worden sind. Diese Deponien unterliegen in der Regel nicht mehr dem Abfallrechtsregime, sondern vielmehr dem Regime des Bodenschutzes.

### Hinweis:

Nach Art. 29 des BayAbfG in Verbindung mit der AbfZustV ist die Regierung für die Genehmigung und Überwachung der Errichtung und des Betriebes von Deponien der Klassen I bis III zuständig, sofern keine Zuständigkeit des Bergamtes vorliegt. Das Landesamt für Umwelt (LfU) fungiert hier gemäß § 3 Abs. 1 der AbfZustV als technische Überwachungsbehörde. Das Bergamt ist zuständig für Deponien der Klasse IV und für Deponien von der Bergaufsicht unterliegenden Betrieben.

Die Kreisverwaltungsbehörde hat im abfallrechtlichen Vollzug bei den in ihrer Zuständigkeit befindlichen Deponien insbesondere in folgenden Bereichen Entscheidungen zu treffen:

- Bei der Errichtung von Deponien ist über die Ausgestaltung des Deponiebasisabdichtungssystems samt Sickerwassererfassung und die notwendige Behandlung des Sickerwassers zu entscheiden.
- Während der Ablagerungsphase, welche einen Teil Betriebsphase der Deponie darstellt, muss über die Einhaltung der Zuordnungskriterien nach DepV (Tabelle 2 Anhang 3 DepV) der jeweilig auf der Deponie abzulagernden Abfälle auf Basis der vorgelegten analytischen Untersuchung entschieden werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu kontrollieren, ob der Analytik eine korrekt durchgeführte Probennahme nach LAGA PN 98 zugrunde lag.
- Während der Stilllegungsphase, welche ein Teil der Betriebsphase der Deponie darstellt, ist das Oberflächenabdichtungssystem festzulegen und alsdann zu installieren.
- Am Ende der Stilllegungsphase wird durch Schlussabnahme die endgültige Stilllegung der Deponie festgestellt.
- Im Rahmen der Nachsorgephase ist die Deponie zur Sicherstellung, dass keine schädlichen Umweltauswirkungen von ihr ausgehen, einer Überwachung zu unterziehen.
- Entlassung aus der Nachsorge durch Feststellung des Abschlusses der Nachsorgephase, wenn zukünftig keine Beeinträchtigungen des Wohles der Allgemeinheit mehr zu erwarten sind.

Da das Verwaltungspersonal der Kreisverwaltungsbehörde in der Regel nicht über das im Vollzug notwendige abfalltechnische Fachwissen verfügt, wird häufig innerhalb der Kreisverwaltungsbehörde versucht, auf das Fachwissen der Umweltschutzingenieure zurückzugreifen. Festzustellen ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Umweltschutzingenieure ebenfalls oft nicht über das hier notwendige abfalltechnische Fachwissen verfügen. In begründeten Einzelfällen kann das LfU fachlich (deponiebautechnisch) hinzugezogen werden. Neben den abfalltechnischen Aspekten kann die Kreisverwaltungsbehörde hinsichtlich wasserwirtschaftlicher Anforderungen die fachliche Unterstützung durch die Wasserwirtschaftsämter (WWA) einholen.

Diese Unterstützung durch LfU und WWA ersetzt aber keinesfalls speziell im Abfallbereich ausgebildetes technisches Personal an der Kreisverwaltungsbehörde, da diese Unterstützung eben nur im Einzelfall und nicht generell geleistet werden kann.

#### **Beispiel 4: Vollzug der Gewerbeabfallverordnung**

Im August 2017 wurde die Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) modernisiert. Sie schreibt nun Gewerbetreibenden die jeweils getrennte Sammlung von Papier, Glas, Kunststoff, Metallen, Bioabfällen, Holz und Textilien vor. Auch bei Bau- und Abbruchabfällen sind bestimmte Abfallfraktionen jeweils getrennt zu sammeln, dies sind Glas, Kunststoff, Metalle, Holz, Dämmmaterial, Bitumengemische, Baustoffe auf Gipsbasis, Beton, Ziegel, Fliesen und Keramik. Damit soll eine möglichst hochwertige Verwertung der Abfälle gewährleistet werden.

Die Verordnung stellt nicht nur Anforderungen an die Trennung der Abfälle, sondern auch an deren Weiterverarbeitung und Entsorgung.

Gewerbliche Siedlungsabfälle unterscheiden sich von Siedlungsabfällen nur dahingehend, dass sie aus einem Gewerbebetrieb stammen. Die Zusammensetzung der Abfälle in der „grauen Tonne“ aus Privathaushalten ist meistens vergleichbar. Anders wie jedoch der Abfall aus privaten Haushalten muss der gewerbliche Siedlungsabfall nicht dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angeboten werden, sondern kann frei gemakelt werden.

Dies hat zur Folge, dass viele Gewerbebetriebe ihren Abfall nicht ordnungsgemäß trennen, sondern als nicht trennbaren Siedlungsabfall zur thermischen Verwertung veräußern.

Kann ein Betrieb seine Abfälle nicht ordnungsgemäß trennen (weil z.B. kein Platz vorhanden ist) so muss er den Abfall einer Vorbehandlungsanlage zuführen. Die Mindestvorgaben an eine Vorbehandlungsanlage sind in der Anlage der GewAbfV geregelt.

Der Vollzug der GewAbfV obliegt den Kreisverwaltungsbehörden. Wirksame Kontrollen sind aber schon aufgrund der großen Anzahl an Gewerbebetrieben kaum möglich. So gibt es bayernweit ca. 7.600 Betriebe aus dem verarbeitenden Gewerbe, ca. 12.000 Hotels und Gasstätten, ca. 61.000 Einzelunternehmen aus dem Dienstleistungsbereich und ca. 90.000 landwirtschaftliche Betriebe. Die GewAbfV gilt aber nicht nur für jedes einzelne Unternehmen, sondern auch für den Abbruch von Bauwerken. Dem gegenüber stehen 71 Landkreise und 25 kreisfreie Städte. In der Regel ist pro Landkreis maximal eine Verwaltungskraft mit dem Vollzug der GewAbfV beauftragt (neben anderen abfallrechtlichen Tätigkeiten).

Neben den rechtlichen Vorgaben sind auch oft fachliche Fragen zu klären. So kann das Verwaltungspersonal prüfen ob mehrere Container oder Abfallbehälter zur Trennung der Abfälle vorhanden ist, ob diese jedoch ausreichen und auch geeignet sind den anfallenden Abfall aufzunehmen muss fachlich geprüft werden. Weiter ist ein häufiger Streitpunkt ob eine Trennung von Abfallgemischen noch technisch

möglich ist. Weiter ist zu klären, ob eine als Vorbehandlungsanlage bezeichnete Anlage auch die technischen Voraussetzungen der Anlage zur GewAbfV erfüllt.

- **GewAbfV § 3 Abs. 3, LAGA M34:**

Die Dokumentationen sind obligatorisch und müssen grundsätzlich vorgehalten werden. Sie sind der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen. Hierfür können Formblätter verwendet werden, dies schließt deren Erstellung durch die Nutzung von elektronischen Systemen nicht aus. Auf Verlangen der zuständigen Behörde hat die Vorlage der Dokumentationen elektronisch zu erfolgen (z.B. Übermittlung von eingescannten Unterlagen per E-Mail).

- **GewAbfV § 4 Abs. 1 Satz 2:**

Hier werden besondere Anforderungen an die vorzubehandelnden Gemische gestellt, die behördlich zu überwachen sind. So dürfen in den Gemischen keine Abfälle des Kapitels 18 der Anlage zur AVV enthalten sein und Bioabfälle und Glas nur in begrenztem Maße.

- **GewAbfV LAGA M34: Dokumentationen, § 4 Absatz 5 Satz 4 und 5 (Getrenntsammlungsquote) und § 9 Absatz 6, § 6 Absatz 6:**

Der Erzeuger hat zur Dokumentation einer Getrenntsammlungsquote von mindestens 90 Prozent bis zum 31. März des Folgejahres einen entsprechenden Nachweis zu erstellen, der durch einen zugelassenen Sachverständigen zu prüfen und zu bestätigen ist. Durch die Einschaltung eines Sachverständigen soll die ordnungsgemäße Ermittlung der Quote sichergestellt werden. Einem eventuellen Missbrauch der Ausnahmemöglichkeit (§ 4 Absatz 3 Satz 3) soll dadurch vorgebeugt werden.

**Der Nachweis ist der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen;** die Vorlage hat auf Verlangen der zuständigen Behörde elektronisch zu erfolgen.

- **GewAbfV LAGA M34**

Die Gewerbeabfallverordnung konkretisiert in erster Linie die Pflichten der Erzeuger (produzierende Betriebe, Selbständige, Dienstleister, Handel, Verwaltungen, öffentliche und private Einrichtungen etc.) und will hier durch die Vorgaben zur Getrenntsammlung, zur vorrangigen Wiederverwendung und zum Recycling sowie das Vorbehandlungsgebot deutliche Verbesserungen bei der Umsetzung der Ziele der Kreislaufwirtschaft erreichen.

**Der zuständigen Behörde wird daher empfohlen, insbesondere im Hinblick auf die Pflichten zur getrennten Sammlung, vorrangig den Erzeuger als in der Entsorgungskette frühesten Verursacher der Abfallentstehung in Anspruch zu nehmen.**

- **GewAbfV LAGA M34 Technische Anforderungen und Anlagenkomponenten (§ 6 Absatz 1 i.V.m. der Anlage zu § 6 Absatz 1 Satz 1)**

- **GewAbfV § 6:**

Die hier gestellten Anforderungen an Vorbehandlungsanlagen sind behördlich zu überwachen. Insbesondere müssen technische, bauliche und organisatorische Anforderungen erfüllt werden und es sind die vorgegebenen Sortier- und Recyclingquoten einzuhalten.

- **GewAbfV LAGA M34 Technische Anforderungen und Anlagenkomponenten (§ 6 Absatz 1 i.V.m. der Anlage zu § 6 Absatz 1 Satz 1):**

Im Falle solcher Kooperationsmodelle sollten vorab die zuständigen Behörden eingeschaltet und die Quotenermittlung besprochen werden.

- **GewAbfV LAGA M34** Unterschreitung der Sortierquote (**§ 6 Absatz 1**)
- **GewAbfV Kaskadenvorbehandlungen:**  
Analog zu TechnoSan !!
- **GewAbfV § 8, BayBO Art. 3, 9, KrWG – Prinzipien:**  
Beurteilung des kontrollierten Rückbaus.
- **GewAbfV LAGA M34 Ausnahmen (§ 8 Absatz 2):**  
Beurteilung der technischen Unmöglichkeit.
- **GewAbfV LAGA M34 Ausnahmen (§ 8 Absatz 2):**  
Beurteilung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit.
- **GewAbfV LAGA M34 4.8.2 Fremdkontrolle (§ 11):**  
Das Instrument der Fremdkontrolle dient der Überprüfung der Eigenkontrolle des Anlagenbetreibers und der von ihm erhobenen Daten und Fakten (Vier-Augen-Prinzip). Für die Beauftragung einer entsprechenden durch die Behörden bekanntzugebenden Stelle, ist der Anlagenbetreiber selbst verantwortlich. Ziel der Fremdkontrolle ist eine Qualitätssicherung der vom Anlagenbetreiber erhobenen Daten und Fakten sowie deren Aussagekraft.

#### **Beispiel 5: Verwendung von Abfällen im Wegebau**

##### **Recyclingbauschutt - Prüfung der Zulässigkeit der Verwertung von Recyclingbauschutt im Wegebau, Hinterfüllungen etc. und Beseitigungsanordnungen unzulässiger Verwertungen z.B. im Wald.**

In der Regel sollten im Feld- und Waldwegebau nur aufbereitete und güteüberwachte Recyclingbaustoffe zum Einsatz kommen, die nach den Vorgaben des gemeinsam vom Bayerischen Umweltministerium und vom Bayerischen Industrieverband Steine und Erden e.V. am 15.06.2005 erstellten Leitfadens zu Anforderungen an die Verwertung von Recyclingbaustoffen/Bauschutt in technischen Bauwerken (RC-Leitfaden) hergestellt worden sind und die Richtwerte 1 des RC-Leitfadens einhalten.

Beim Einsatz derartiger Materialien geht die Bayerische Staatsregierung von der Schadlosigkeit der Verwertungsmaßnahme aus.

Der Einsatz von unaufbereitetem, d.h. unzerkleinertem oder unsortiertem Bauschutt für Wegebau- bzw. Wegeinstandsetzungsmaßnahmen soll so verhindert werden. Leider sieht die Rechtsprechung den RC-Leitfaden (Umweltpakt zwischen Freistaat Bayern und der Baustoff Recycling Bayern e.V. (Wiederverwertung von Bauschutt als Produkt)) nur als Empfehlung.

Soll für die Wegebaumaßnahme ausnahmsweise zerkleinerter und sortierter, aber nicht gemäß RC-Leitfaden aufbereiteter und güteüberwachter Bauschutt / Straßenaufbruch verwendet werden, hat der Maßnahmenträger der Kreisverwaltungsbehörde (Abfallbehörde) die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung im Einzelfall durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachzuweisen und eine wasserrechtliche Zulassung Verfahren nach § 8 Abs. 1 WHG für den „fiktiven

Benutzungstatbestand“ einzuholen. Der Nachweis ist jeweils für den (die) geplanten Einbauort(e) zu erbringen und hat immer vor dem Einbau zu erfolgen.

Hier wird der Umweltschutzingenieur, insbesondere im Hinblick auf die technische Eignung des Materials (Unbedenklichkeit des Materials ist durch eine chemische Analyse auf die Parameter des RC-Leitfadens nachzuweisen) und die Sinnhaftigkeit für die konkrete Wegebaumaßnahme (Rückeweg neben Rückeweg, Ausführung des Wegeaufbaus), eingebunden. Diese Fragestellungen sind mitunter Gegenstand in strafrechtlichen Verfahren gegen Unternehmer.

Mineralisches Material, das bei Abbruch-, Sanierungs- und Umbauarbeiten von Bauwerken und Bauteilen anfällt. Unter dem Begriff Bauschutt fällt auch Bodenaushub mit bodenfremden mineralischen Bestandteilen über 10 Vol.-% sowie Betonabbruch und Mauerwerksabbruch. Bauschutt fällt auf der Baustelle als Einzelfraktion (Beton AVV 170101, Ziegel AVV 170102, Fliesen, Ziegel und Keramik AVV 170103) oder gemischt (AVV 170107) an. Bauschutt muss für die Verwendung als Recycling-Baustoff aufwendig und ordnungsgemäß aufbereitet werden.

Aber:

Wenn sogenannte Chaoshaufwerke produziert werden, ist die meist nach dem Brechen vorgenommene Probenahme gemäß LAGA PN 98 falsch durchgeführt, da bei diesen Haufwerken keine Mischprobenreduzierung vorgenommen werden darf. Der ganze Aufwand steigt somit erheblich an, die Frage der Anerkennung von Gutachten ist somit essentiell und mündet nicht selten in einen direkten Konflikt mit den Betreibern/Bauherrn.

Die Unterlagen der Entsorgung/Verwertung werden in der Kreisverwaltungsbehörde, oft dem Umweltschutzingenieur vorgelegt und dieser entscheidet dann, dass es sich um ein „zulässige Produkt“ handelt oder ob ein wasserrechtliches Verfahren durchzuführen ist.

- Leitfaden „Anforderungen an die Verwertung von Recyclingbaustoffen in technischen Bauwerken“
- Deponie-Info 3 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU): „Hinweise zur erforderlichen Probenanzahl nach PN 98 bei Haufwerken“ (Stand: Fortschreibung April 2015)
- Gemeinsame Bekanntmachung v. StMUG u. StMELF v. 26.09.2011: „Waldwegebau und Naturschutz“ → Technischer Vollzug mit Bewertung der Fremdüberwachung
- LAGA M20: „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von Mineralischen Abfällen – Technische Regeln“ 1997 (spätere Versionen in Bayern nicht eingeführt)

- LAGA M32: „LAGA PN 98: Richtlinie für das Vorgehen bei physikalischen, chemischen und biologischen Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verwertung/Beseitigung von Abfällen“ (Stand: Dezember 2001)
- Leitfaden d. StMUG u. Bayerischen Industrieverbands Steine und Erden e.V.: „Anforderung an die Verwertung von Recycling – Baustoffen in technischen Bauwerken“ v. 15.06.2005 i.V.m. UMS v. 13.03.2013 u. 14.03.2014
- Merkblatt Nr. 1.2/10 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU): „Forstwegebau und Holzernte im Wasserschutzgebiet“ (Stand: Juni 2014)
- Merkblatt Nr. 3.4/1 des (ehem.) Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft
- (LfW): „Wasserwirtschaftliche Beurteilung der Lagerung, Aufbereitung und Verwertung von bituminösem Straßenaufbruch (Ausbauasphalt und pechhaltiger Straßenaufbruch)“ v. 20.03.2001 inkl. „Hinweis zu Merkblatt Nr. 3.4/1“ des LfU
- Merkblatt Nr. 3.4/2 des LfU: „Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Gleisschotter“
- „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Befestigung ländlicher Wege (ZTV LW 99/01)“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV))

## **Beispiel 6: Umgang mit unzulässigen Ablagerungen**

Die Kreisverwaltungsbehörde wird oft mit unzulässigen Ablagerungen konfrontiert. Bei der Sachverhaltsermittlung ist es häufig nötig, zu entscheiden, ob und wie die Ablagerung abfalltechnisch erkundet und die Schadhafteigkeit bewertet werden muss. Häufig werden hierzu in der Praxis Beprobungen durch die ausführenden Stellen erforderlich. Die Kontrolle dieser Maßnahmen zeigt immer wieder, dass diese nicht korrekt durchgeführt werden, zumal der Entsorgungsweg und die damit erforderlich „Art der Beprobung und Analyse“ noch nicht feststeht.

Dafür ist fachtechnisches geschultes Personal nötig, das in der Lage ist, die Richtigkeit der geplanten und durchgeführten Maßnahmen zu beurteilen und ggf. Fehler aufzudecken zu können. Die Anforderungen an die Beurteilung bewegen sich an der Schnittstelle Wasserrecht/KrWG/Bundesbodenschutzgesetz bis in das Altlastenrecht hinein.

Für die Bearbeitung dieser Fälle fehlt häufig abfalltechnisches Personal an der Kreisverwaltungsbehörde, das

- gemeinsam mit Verwaltung und Fachbehörden wie dem WWA Auflagen ausarbeitet,
- den ordnungsgemäßen Umgang mit Abfällen kontrolliert,
- nicht ordnungsgemäße Zustände fachtechnisch bewertet, damit der Betreiber / Bauherr entweder Abhilfe leisten kann oder verwaltungsrechtliche Schritte eingeleitet werden können.



### **Beispiel 7: Verfüllung von Gruben und Brüchen**

Die Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebauen ist mit Abstand der bedeutendste Entsorgungsweg für mineralische Abfälle in Bayern. Die materiellen Anforderungen ergeben sich aus der ermessenslenkenden Verwaltungsvorschrift des Leitfadens für die Verfüllung von Gruben Brüchen und Tagebauen, die zum 01.03.2020 in Neufassung vom StMUV eingeführt wurde.

Er legt insbesondere fest, welche mineralischen Abfälle bei Verfüllungen verwertet und bis zu welchen Stoffgehalten in den Feststoffen und Stoffkonzentrationen im Eluat (bzw. Sickerwasser) die Verwertung mineralischer Abfälle bei der Verfüllung von Abgrabungs- bzw. Abbaustellen ordnungsgemäß und schadlos und damit zulässig ist.

Die umfangreichen und detaillierten Regelungen des einschließlich der Anhänge 65 Seiten umfassenden Papiers müssen nicht nur im Rahmen erforderlicher Genehmigungsverfahren oder mittels nachträglicher Anordnungen in Abstimmung mit der Verwaltung in Form von Bescheiden umgesetzt, sondern im Rahmen der wiederkehrenden Anlagenüberwachung auch entsprechend überwacht werden.

Herkunftsnachweise, Analysen des Verfüllmaterials oder auch die Berichte der Fremdüberwachung (beginnend von der Repräsentativität der Probenahme bis hin zur richtigen Bewertung der Untersuchungsergebnisse) sind aus fachtechnischer Sicht zu bewerten, ggf. in Zusammenarbeit mit dem WWA. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass nicht nur anthropogen verursachte Bodenverunreinigungen, sondern verstärkt auch geogen bedingte (natürliche) Schadstoffgehalte in Böden bei Verfüllmaßnahmen zu berücksichtigen sind, ist damit ein nicht unerheblicher Aufwand verbunden.

Der erhöhte Aufwand, nicht zuletzt durch anfallende Analysenkosten, birgt zudem die Gefahr in sich, dass Bodenaushub zunehmend auch in z.T. genehmigungsfreien Geländeauffüllungen entsorgt wird, bei denen sich dann ebenfalls die Frage nach der Zulässigkeit stellt.

### **Beispiel 8: Wiederverwertung/Entsorgung von Straßenkehrriecht/Straßenrandfräsgut (Grünabfall mit Erdanteilen)/Baggergut**

Für die oben genannten Abfallarten sind die technischen Möglichkeiten der Wiederverwendung oder die Verwertung einzelner Abfallfraktionen nach der jeweiligen Vorbehandlung oder Aufbereitung grundsätzlich vorhanden.

Hierfür kämen vornehmlich das Frühjahrskehrgut mit hohem Splittanteil oder das Herbstkehrgut mit hohem Laubanteil in Frage. Aufgrund der schwankenden Gehalte an Schadstoffen im Straßenkehrriecht und seiner wechselnden Zusammensetzung sowie Anteilen an auch hygienisch bedenklichen Störstoffen ist der zu betreibende

technische Aufwand für die Vorbehandlung/Aufbereitung vergleichsweise hoch. Es kommt immer wieder vor, dass die augenscheinlich „guten“ Straßenkehrschotter / Straßenrandfräsgut seitens der Gemeinden Entsorgungsprobleme bereiten. Bei Problemen wird der Umweltschutzingenieur einbezogen.

Bei der Thematik Räumgut (Löschteiche, Regenrückhaltebecken) treten die Gemeinden oft im Vorfeld an den Umweltschutzingenieur heran. Eine Deponierung scheidet mangels geeigneter örtlicher Deponien (Organikanteil zu hoch) in der Regel aus. Um das Material anderweitig zu verwerten zu können, ist eine nähere Prüfung, ggf. unter Einschaltung von WWA bzw. AELF, notwendig. Hier sind Entsorgungswege zu prüfen wie z.B. Bodenbehandlungsanlagen, Erdenwerke, Aufbringung auf durchwurzelbare Schicht bzw. in der landwirtschaftlichen Nutzung und Rekultivierung von Deponien.

Da es bei solchen Aushubmaßnahmen immer zu zeitlichen Entsorgungsproblemen aufgrund der erforderlichen Zwischenlagerflächen kommt, ist eine Koordination im Vorfeld dringend notwendig.

- Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), das durch § 44 Absatz 4 des Gesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324) geändert worden ist
- Verordnung über Deponien und Langzeitlager (Deponieverordnung – DepV) vom 27. April 2009 (BGBl. I S. 900), die durch Artikel 7 der Verordnung vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973) geändert worden ist
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), die zuletzt durch Artikel 5 Absatz 31 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist
- Verordnung über die Verwertung von Bioabfällen auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Böden (Bioabfallverordnung – BioAbfV) vom 4. April 2013 (BGBl. I S. 658), die durch Artikel 5 der Verordnung vom 5. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4043) geändert worden ist
- Verordnung über das Inverkehrbringen von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln (Düngemittelverordnung – DÜMV) vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2524)
- LAGA Länderarbeitsgemeinschaft Abfall: Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen/Reststoffen – Technische Regeln – Mitteilung 20, S. 17-27: Stand Nov. 1997 (Hinweis: die neueren Technischen Regeln 2003/2004 sind in Bayern nicht eingeführt)
- OBB Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern: Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und technische Lieferbedingungen für die einzuhaltenden wasserwirtschaftlichen Gütemerkmale bei der Verwendung von Recycling-Baustoffen im Straßenbau in Bayern

(ZTV wwG-StB By 05). Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (AllMBI. Nr. 13 vom 28.12.2005, S. 577)

- Ertüchtigung und Sanierung von Abwasserteichanlagen im ländlichen Raum; LfU Merkblatt Nr. 4.4/23 Stand: 15. Dezember 2015

### **Beispiel 9: Rückbau**

Vor dem Hintergrund der begrenzt verfügbaren Flächen, der andauernd hohen Flächeninanspruchnahme und der angespannten Situation am Wohnungsmarkt und anderer Faktoren kommt dem Rückbau von Gebäuden eine steigende Bedeutung zu. Zuständig für den Rückbau ist die Kreisverwaltungsbehörde, vgl. Anlage 3.

Den Abbruch von Gebäuden regelt die Bayerische Bauordnung unter dem Begriff „Beseitigung von Anlagen“. In Art. 57 Abs. 5 BayBO werden Gebäude und Anlagen definiert, deren Abbruch verfahrensfrei ist. Verfahrensfrei bedeutet, dass keine Abbruchgenehmigung beantragt und auch keine Beseitigungsanzeige eingereicht werden muss. Der Bauherr muss eigenverantwortlich prüfen, ob der Abbruch die Rahmenbedingungen der Verfahrensfreiheit erfüllt.

**Verfahrensfrei** ist die Beseitigung von kleineren und/oder freistehenden Gebäuden wie z. B.

- freistehende Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m und nicht mehr als zwei Nutzungseinheiten von insgesamt nicht mehr als 400 m<sup>2</sup> (zum Beispiel Ein- oder Zweifamilienhäuser),
- land- oder forstwirtschaftlich genutzte Gebäude (ohne Flächenbegrenzung) oder
- sonstige Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m (gemeint sind hier insbesondere nicht-freistehende Gebäude)

Für alle übrigen Gebäude gilt eine **Anzeigepflicht**. Dies bedeutet, dass die Abbruchmaßnahme einen Monat vor Beginn bei der örtlichen Bauordnungsbehörde anzuzeigen ist. Der Abbruch darf nach einem Monat begonnen werden, auch wenn von der Behörde keine Mitteilung vorliegt. Eine Woche vor Beginn muss außerdem eine Baubeginnanzeige vorgelegt werden. Insoweit agiert die zuständige Behörde unter gesetzlich vorgegebenen, engen zeitlichen Vorgaben. Zu umweltfachlichen Fragen, die mit der Abbruch-Anzeige verbunden sind, schaltet das Bauamt das Sachgebiet Abfallrecht und ggf. auch das Sachgebiet Immissionsschutzrecht ein.

Nach § 2 Abs. 2 Nr. 10 sind Bauwerke, die dauerhaft mit dem Grund verbunden sind, kein Abfall. Die zuständige untere Abfallrechtsbehörde hat insoweit nur bedingt Eingriffsmöglichkeiten. Mit dem Abbruch wird Bauschutt erzeugt und der Geltungsbereich des KrWG eröffnet. Prinzipien wie die Getrennthaltung und die Verpflichtungen zur Schadstoffentfernung vor dem Abbruch greift jedoch erst nach dem Abbruch. Insoweit ist die zuständige Behörde in einer schwierigen Position, die mit erhöhtem Aufwand verbunden ist, wenn der Bauherr nicht von sich aus pflichtbewusst vorgeht.

Erzeuger oder Besitzer von Abfällen wie Bauschutt sind nach § 7 Abs. 2 KrWG zur Verwertung verpflichtet. Diese Pflicht steht unter der Einschränkung, dass die Verwertung technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Diese Einschränkung ist nur über eine Einzelfallbeurteilung zu klären. Für den Fall, dass der Erzeuger oder Besitzer seiner Verpflichtung nicht nachkommt, sieht das KrWG keine direkten Sanktionsmöglichkeiten vor, Anordnungen sind jedoch möglich.

Die Regelungen der GewAbfV beziehen sich auf den erzeugten Abfall, das stehende Gebäude ist durch die GewAbfV nicht adressiert. Nach § 8 Abs. 1 GewAbfV haben Erzeuger und Besitzer Abfälle getrennt zu sammeln, sofern dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Die Auslegungshinweise der LAGA-Mitteilung M34 von 2019 zum entsprechenden „Kostenvergleich zur Bewertung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit“ bzgl. § 8 Absatz 2 Sätze 4 und 5 GewAbfV sind völlig unverständlich (vollziehen Sie es nach!) und nicht vollzugstauglich. Die Getrenntsammlung ist mit Dokumentationspflichten belegt, die von der Verwaltung nur bedingt beurteilt werden können („technische Unmöglichkeit“, Abfallartenabgrenzung).

Auf die zahlreichen Fragen, die sich aus § 9 GewAbfV ergeben und die in Zusammenhang mit der Vorbehandlung und Aufbereitung bzw. Kaskaden davon stehen, wird hier nicht eingegangen.

Die Komplexität der Rückbau-Thematik wird mit der LfU-Arbeitshilfe von 2016 deutlich, die auf 160 Seiten die insbesondere technischen Anforderungen abhandelt und auf ein zugleich geltendes umfangreiches technisches Regelwerk verweist. Beispielhaft sei auf die wichtigen Regelungen zum Umgang mit Oberflächenkontaminationen verwiesen. Muss und wenn ja in welcher Weise ein schadstoffhaltiger Anstrich von einer Wand entfernt, wie entsorgt und das Vorgehen dokumentiert werden.

Zwischenfazit:

Die zuständige Behörde erhält nur teilweise Kenntnis über Abbrüche, da keine durchgängige Abbruchanzeige erforderlich ist. Aber der Abbruch z.B. auch von einem Einfamilienhaus kann eine abfallrechtlich nachweispflichtige Anfallstelle für gefährliche Abfälle sein (Asbestfassade, Dachstuhl, Schlackenschüttungen, Mineralwolle). Das Agieren der Behörde

- wird durch eine Vielzahl von unbestimmten Rechtsbegriffen und strittigen Auslegungen erschwert (Abfallerzeuger (Bauherr oder Abbruchunternehmer), schadlose Verwertung (definiert über Leitfäden, für Erzeuger nicht bindend), ist eine Abfalltrennung baustatisch möglich und wer beurteilt dies, sind die Mehrkosten eines selektiven Rückbaus verhältnismäßig (Qualität und Unabhängigkeit der Beurteilungsgrundlage)) und
- die Abfall-Anfallstelle besteht nur wenige Tage sodass der Behörde nur eine extrem kurze Reaktionszeit verbleibt.

Diese Aufgaben sind quasi ohne fachtechnisches Personal durch die untere Abfallrechtsbehörde vor der Kulisse einer hoch komplexen Thematik zu bewältigen. Auch Umweltschutzingenieure, die von der Verwaltung hilfsweise eingeschaltet werden, sind mit den meisten Fragestellungen nicht vertraut.

Zusatzschwierigkeiten:

Diese schwierige, von der Verwaltung allein nicht zuverlässig zu bewältigenden Aufgabe wird überlagert von ungeklärten fachtechnischen Fragen, die zudem im Übergangsbereich von Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz zu ganz erheblicher Vollzugsunsicherheit führen. In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf das Thema Asbest.

Die Umweltministerkonferenz stellte bei ihrer 92. Sitzung am 10.05.2019 fest:

„Die Umweltministerkonferenz nimmt den schriftlichen Bericht „Asbest in Bau- und Abbruchabfällen“ zur Kenntnis und bekräftigt, dass asbesthaltige Bestandteile von Bau- und Abbruchabfällen zum Schutz von Mensch und Umwelt aus dem Kreislauf grundsätzlich ausgeschleust werden müssen und nicht recycelt werden dürfen.

Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder stellen mit Sorge fest, dass bei pauschalitem Herangehen an das Problem das Ziel der Kreislaufwirtschaft beim Bauschuttrecycling in Frage gestellt wird. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder fordern deshalb Lösungen, die eine Kreislaufwirtschaft und den Fortbestand des Bauschuttrecyclings ermöglichen und mit denen gleichzeitig die Ausschleusung von Asbest sichergestellt wird. ... „

Angesichts immer neuer Funde von Asbest in Baustoffen und Bauchemikalien, ungeklärter Fragen zu Untersuchungsverfahren und Analyseverfahren und insbesondere der Frage, ab welchem Gehalt Baustoffe und Bauabfälle asbesthaltig sind, ist die Kreisverwaltungsbehörde regelmäßig überfordert. Eine rechtssichere Beratung von Bauherren oder Überwachung von Baumaßnahmen ist insoweit kaum möglich.

Ein ordnungsgemäßer Rückbau zusammen mit einer ordnungsgemäßen Abtrennung von Asbest ist für abfallrechtliche Einstufung und Entsorgung von grundsätzlicher Bedeutung. Auch im Hinblick auf diffuse Asbestfaser-Emissionen beim Rückbau ist eine ordnungsgemäße Abtrennung von Asbest für die Nachbarschaft und die Allgemeinheit von Bedeutung. Da jedoch die Beurteilungsgrundlage der Asbestfreiheit nicht geklärt ist, steht die Kreisverwaltungsbehörde von einer nicht rechtssicher lösbaren Aufgabe. Da die Rückbaumassen möglichst einer hochwertigen Verwertung zugeführt werden müssen und somit Eingangsmassen für immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige und nicht genehmigungsbedürftige Bauschuttaufbereitungs-Anlagen bilden, zieht sich das Problem in weitere Bereiche der Kreislaufwirtschaft und des Immissionsschutzes. Verwaltung und Umweltschutzingenieur sind an dieser Stelle gleichermaßen überfordert.

Die von den LAGA-Ausschüssen jüngst einforderten Vorerkundungspflichten von Gebäuden werden zu einer umweltfachlich wünschenswerten häufigen Ermittlung von Sachverhalten führen. Damit einher gehen wird jedoch eine ganz erhebliche Steigerung der Arbeitsbelastung und das vermehrte Auftreten von Einzelfragen. Am LfU bestehen insoweit keine personelle Ressourcen, um den Vollzugs hierbei relevant zu unterstützen.

## Anlage 6: Positionen einschlägiger Organisationen

### Sachverständigenrat für Umweltfragen

Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen: „Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen – zur Legitimation von Umweltpolitik“,

Deutscher Bundestag - Drucksache 19/15335 vom 13.11.2019:

Abgerufen am 06.01.2020: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/153/1915335.pdf>

- Seite 116 Auszug aus Abbildung 3-2

- Randnummer 240

„Unzureichender Vollzug

Deutschland verfügt zwar in vielen Feldern des klassischen Umweltschutzes über anspruchsvolle Gesetze, das Umweltrecht wird allerdings in vielen Bereichen nur unzureichend vollzogen. Massive Vollzugsdefizite gibt es beispielsweise im Natur-, Gewässer- und Lärmschutz sowie in der Luftreinhaltung. Während die Umweltgesetzgebung zum größten Teil – zu 70 bis 90 % (KLOEP FER 2016, § 9 Rn. 1) – auf europäischen Vorgaben basiert, ist der Vollzug überwiegend Aufgabe der Länder bzw. der Kommunen. Grundsätzlich setzt das umfängliche und komplexe Umweltrecht eine entsprechend dimensionierte, qualifizierte und ausgestattete Verwaltung voraus (SRU 2007b; EBINGER 2011; KOTTWITZ 2015; BOGUMIL et al. 2017; 2016; BÖCHER 2016; VOLKERY 2008).

Anspruchsvolle Gesetze, zunehmende Monitoring- und Berichtspflichten sowie die Beteiligung von Betroffenen und der Öffentlichkeit haben zu einem erhöhten Ressourcenbedarf in der Umweltverwaltung geführt. In vielen Bereichen ist die Ausstattung jedoch nicht proportional zum Aufgabenzuwachs angestiegen oder sogar zurückgegangen. Zudem ist die Verwaltung mit einem schnellen technologischen Wandel konfrontiert. All dies zwingt die Behörden, ihre Aufgaben risikobasiert zu priorisieren und andere sinnvolle Aufgaben zurückzustellen. Vor diesem Hintergrund ist der politische Wille auf Ebene der Landesregierung und der Leitung der nachgeordneten Behörden eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Vollzug.“

#### Institutionelle Hürden in Politik und Verwaltung

- Nicht problemadäquate Verwaltungsstruktur
- Mangelnder Vollzug und mangelnde Ressourcen der verantwortlichen Behörden
- Beteiligungsverfahren in Gesetzgebungsprozessen wenig transparent



Abbildung 3-2: Herausforderungen für eine wirksame Politik der ökologischen Nachhaltigkeit

### Europäische Umweltagentur

2019: SOER 2020 Die Umwelt in Europa - Zustand und Ausblick 2020 – Zusammenfassung“

Abgerufen am 22.12.2019 <https://www.eea.europa.eu/de/publications/die-umwelt-in-europa-zustand>. Seite 11

„Verstärkter Fokus auf die Umsetzung des bestehenden Umweltrechts, die Integration und die Kohärenz: Eine umfassende Umsetzung des bestehenden Umweltrechts würde Europa auf dem Weg zu seinen Zielen für das Jahr 2030 wesentlich voranbringen. Dies wird mehr Mittel und einen stärkeren Kapazitätsaufbau, das Engagement von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern, eine bessere Koordination lokaler, regionaler und nationaler Behörden und eine solidere Wissensgrundlage erfordern. Abgesehen davon muss Europa Lücken und Schwächen in politischen Strategien, etwa in Bezug auf Land, Böden und Chemikalien schließen bzw. beheben. Eine bessere Integration von Umweltzielen in sektorale Maßnahmen ist ebenso wichtig wie eine verbesserte Kohärenz der Maßnahmen.“

### **Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse)**

Abgerufen am 16.11.2019 <https://www.bvse.de/recycling/pressemitteilungen/3547-bvse-zieht-bilanz-gewerbeabfallverordnung-ist-in-der-praxis-noch-nicht-angekommen.html>

"Bisher wirkt die Gewerbeabfallverordnung nicht. Das Recycling gewerblicher Abfälle hat durch die Verordnungsnovelle noch keinen neuen Impuls erhalten", stellt bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock fest. Einen Hauptgrund für dieses ernüchternde Fazit liegt an der falsch angelegten Systematik der Verordnung und an einem fehlerhaften oder gar nicht vorhandenen Vollzug in den Bundesländern. „Wir hoffen, dass zukünftig ein zielgerichteter Vollzug dafür sorgt, dass die neue Gewerbeabfallverordnung nicht zum Papiertiger wird“, betont Rehbock.

### **Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. (BDE)**

EUWID RECYCLING UND ENTSORGUNG. Ausgabe 49.2019

Interview mit BDE-Präsident Peter Kurth

Frage

Die einzelnen Vorgaben der novellierten Gewerbeabfall-Verordnung sind mittlerweile vollständig in Kraft getreten. Wie schätzen Sie die Umsetzung ein und an welchen Stellen sehen Sie noch Defizite im Vollzug?

Antwort

Ich bin froh, dass die Gewerbeabfallverordnung, die im Jahr 2017 in Kraft getreten ist, nach drei Jahren eine Evaluierung vorsieht. Diese Chance müssen wir nutzen, nicht nur um die 30-Prozent-Quote, sondern auch andere Regelungen nach der Praxiserfahrung zu überarbeiten. Die beste Gewerbeabfall-Verordnung taugt jedoch wenig, wenn in vielen Regionen der Vollzug, teilweise sogar mit Ansage der Behörden, nicht oder kaum erfolgt. Auch ambitionierte Regelungen im Umweltrecht bringen nicht den gewünschten Effekt, wenn sie nicht im Vollzug begleitet und umgesetzt werden.

## Deutsche Umwelthilfe

Müll und Abfall – Ausgabe 2 /2020

**Bislang kontrollieren die zuständigen Behörden in den Bundesländern die Einhaltung der Gewerbeabfallverordnung jedoch nur sporadisch.** Deshalb die Verpflichtung zur getrennten Abfallsammlung- zu Lasten der Umwelt. Nicht getrennt erfasste Gewerbeabfälle müssen aufwendig sortiert werden und lassen sich zudem kaum recyceln. Im Ergebnis werden von den jährlich anfallenden 5,7 Millionen Tonnen gemischten Gewerbeabfällen immer noch mehr als 90 Prozent verbrannt.

### Bundesländer müssen flächendeckend kontrollieren und auch sanktionieren

Nicht nur Verbraucher, sondern auch Gewerbetreibende müssen ihren Müll getrennt sammeln, damit er recycelt werden kann. Doch untätige Behörden stellen rechtswidrig handelnden Unternehmen einen Freifahrtschein aus. Wenn wir den Klimawandel bremsen wollen, dann dürfen Gewerbeabfälle nicht länger unnötig verbrannt werden. Die Rechtslage ist klar, jetzt müssen die Vollzugsbehörden der Bundesländer handeln und mit flächendeckenden Kontrollen und der Sanktionierung von Verstößen dafür sorgen, dass auch Unternehmen ihren Müll getrennt sammeln und recyceln. Weitgehend untätige Länder wie Sachsen sollten sich ein Beispiel an Bundesländern wie Hessen nehmen, die ihren Kontrollpflichten in ausgesprochen guter Weise nachkommen.

### Rechtstreue Unternehmen dürfen keinen Nachteil erleiden

Die Gewerbeabfallverordnung beinhaltet eigentlich scharfe Pflichten zur Getrenntsammlung und dem Recycling von Gewerbeabfällen. Doch rechtliche Regeln sind nur so gut, wie deren Umsetzung. **Indem Behörden die Abfalltrennung im gewerblichen Bereich kaum kontrollieren, verschaffen sie schwarzen Schafen einen Vorteil.** Das setzt umweltgerecht handelnde Unternehmen unter Druck. Übergangsfristen gelten nicht mehr und die Vollzugshinweise der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft zur Gewerbeabfallverordnung sind erarbeitet worden. Es gibt für die Bundesländer keinen Grund, mit angezogener Handbremse zu fahren. Deshalb wird die Deutsche Umwelthilfe Vollzugstätigkeiten der Bundesländer abfragen und transparent machen. Dann kann sich jeder selbst eine Meinung darüber bilden, wie ernst Klimaschutz von den Bundesländern tatsächlich genommen wird.

[www.duh.de](http://www.duh.de)

<https://www.duh.de/projekte/gewerbeabfaelle/#collapse-59772>

abgerufen am 28.03.2020

**Kennzeichnend für die bisherige Entsorgungspraxis von Gewerbeabfällen ist die Nichteinhaltung gesetzlicher Vorschriften. Um zu einem höheren Maß an Umweltschutz und Ressourcenschonung zu kommen, sind nicht nur weitergehende gesetzliche Anforderungen, sondern vor allem auch ein funktionierender Vollzug notwendig.**